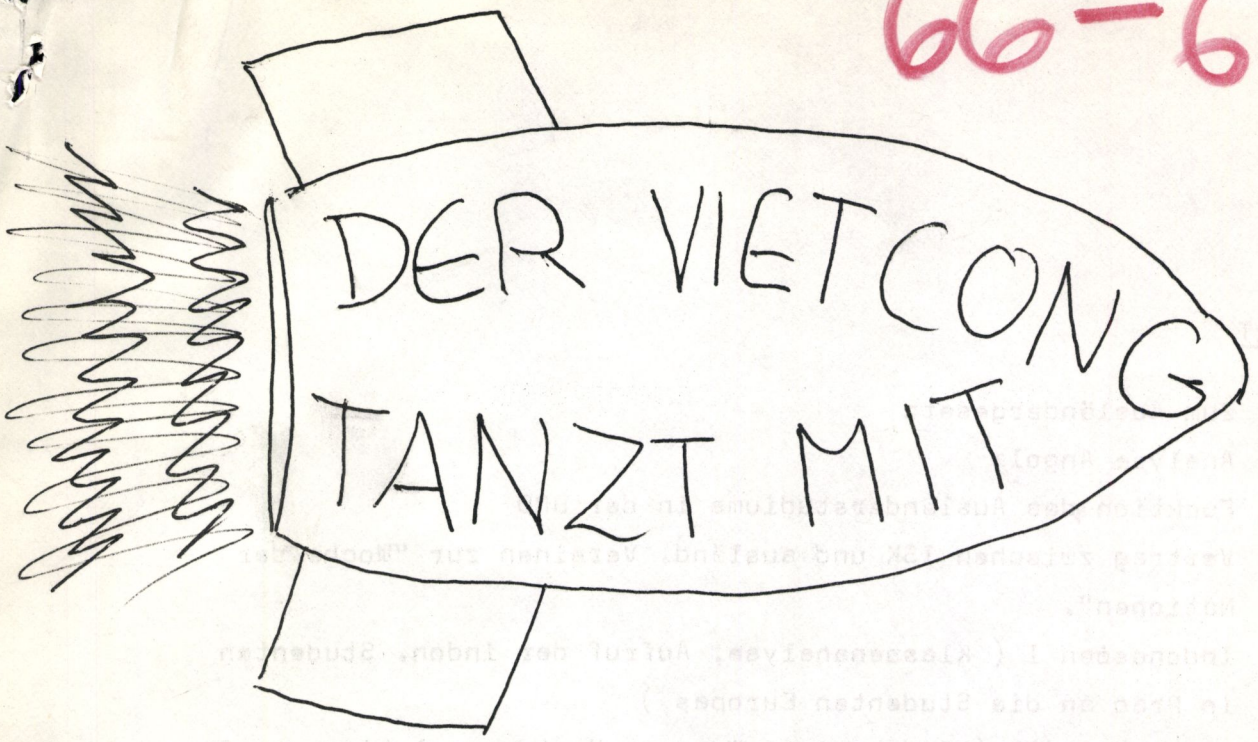
66-6



Dokumentation zur Woche der Nationen

PGI

INHALT

1. Zum Ausländergesetz
2. Analyse Angola
3. Funktion des Ausländerstudiums in der BRD
4. Vertrag zwischen ISK und ausländ. Vereinen zur "Woche der Nationen".
5. Indonesien I (Klassenanalyse, Aufruf der indon. Studenten in Prag an die Studenten Europas)
6. Indonesien II (Indonesiens Weg zur Konterrevolution, ausführliche Analyse mit Literaturangaben)
7. Flugblatt über Indonesien PGI
8. Flugblatt der Vereinigung indonesischer Studenten, Darmstadt
9. Flugblatt der PGI über den ISK und die "Woche der Nationen"
10. Flugblätter der Perser und Araber zur "Woche der Nationen"
11. Flugblatt zum Tag der Nationen und zum Teach-in am Donnerstag
12. Flugblatt der AfH
13. Erklärung der PGI, des iranischen, des arabischen und des griechischen Studentenvereines zum "Tag der Nationen"
14. Kündigung der SDS-Box durch Herrn Reißer
15. Flugblatt zur Lage in Griechenland
16. SDS-Flugblatt zur Politik des Herrn Reißer
17. Erklärung des iranischen Studentenvereins
18. Erklärung des ISK zum"Tag der Nationen"
19. Erklärung der PGI zum "Ball der Nationen"
20. Flugblatt von Herrn Reißer
21. Presseberichte
22. Zwischenbilanz

- Auslandsreferat -

STELLUNGNAHME

Die heute begonnene Woche der Nationen (WdN) ist ein Meilenstein in der Geschichte des ISK. Zum ersten Mal, nach vorangeganger harter Kritik und Agitation, hat der ISK sämtliche politischen Tätigkeiten während der Woche zugelassen.

Der ISK war dazu nicht von innen her fähig, sondern der Anstoß mußte von außen kommen. Die Kritik wurde vor allem, in ihrer Weise hauptsächlich polemisierend, von der Projektgruppe Internationalismus (PGI) geübt.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß die Verhältnisse in den Heimatländern während der Woche der Nationen mit touristischer Propaganda überdeckt werden. Auf der anderen Seite wird gerade jegliche Sozial- und Selbstkritik der Nationen von den Botschaftern strengstens verfolgt und beobachtet.

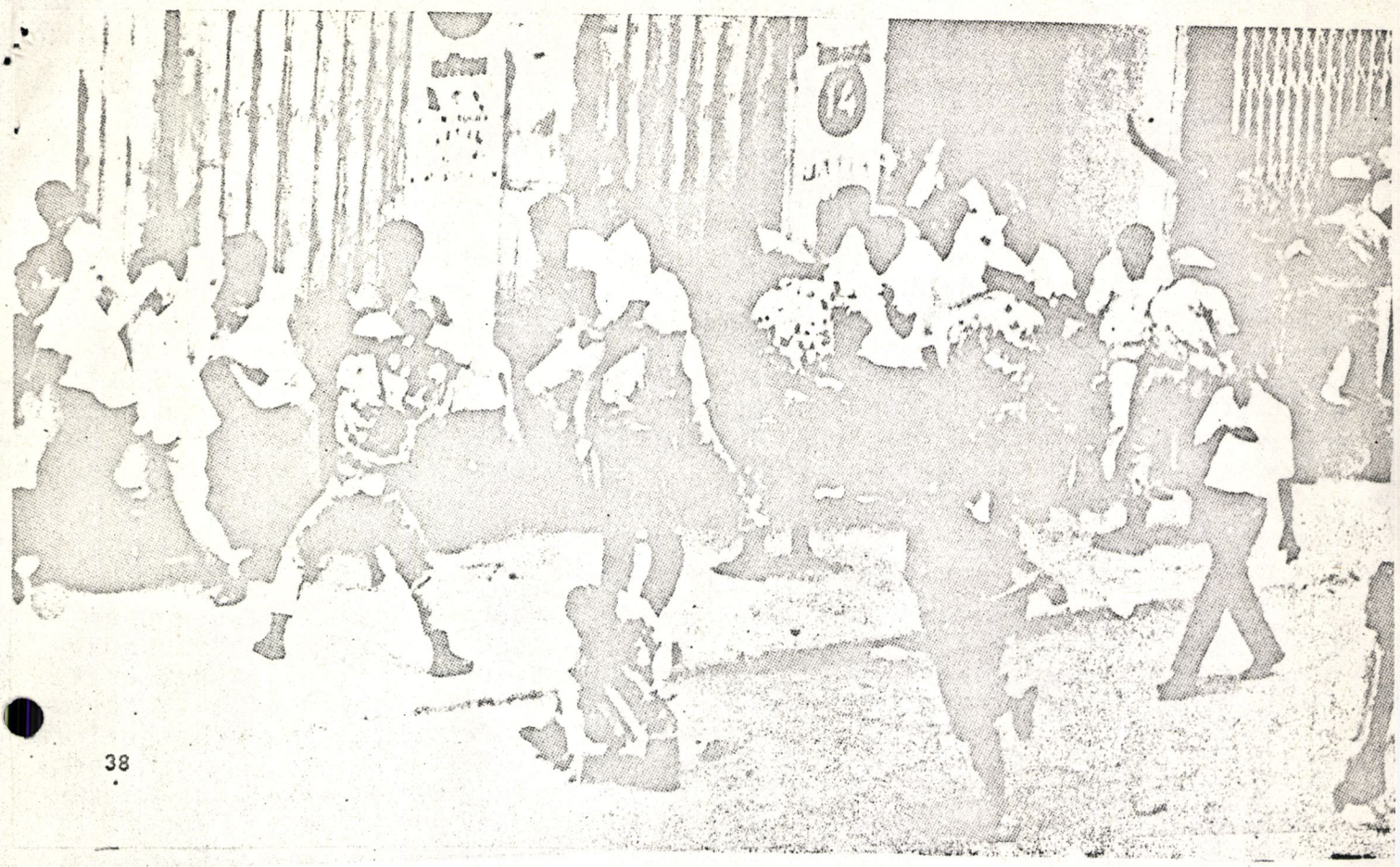
Als im vergangenen Jahr zum ersten Mal der türkische Pavillon durch ein sozialkritisches Gedicht Selbstkritik übte, führte das zu Denunziationen, Vorladung zur Botschaft und Drohungen. Politisch Engagierten wird nur sehr wenig Rückendeckung gegeben. Aus diesem Grunde haben die nationalen Vereine für Aktionen wenig Spielraum. Abweichende Alternativen gibt es so gut wie gar nicht. Entweder keine "linke Tätigkeit" oder entsprechende Repressionen in der Heimat. Um diese Rückendeckung zu gewährleisten, müßte sich der ISK insoweit politisieren, daß die Verantwortung für politische Tätigkeiten auf den Schultern des ISK und nicht auf denen der einzelnen Vereine liegt.

Die Diskussion um die Woche der Nationen hat gezeigt, daß der ISK immobil geworden ist. Aus diesem Grunde schlage ich eine baldige Vollversammlung des ISK vor. Eine Grundlinie der Diskussion in der Vollversammlung könnte sein:

1) Neustrukturierung durch Satzungsrevision
2) Neukonzipierung der Aufgaben des ISK (Interessenvertretung der ausländischen Kommilitonen)

MACHT ISK POLITISCH - UND IHR HABT RÜCKENDECKUNG!
ZERSTÖRT ISK - UND IHR HABT NICHTS!

Auslandsreferent des ASTA
Ahmet Erdi



38

... und am Wochenende zum Ball der Nationen

Die "Woche der Nationen" als Instrument der Verschleierung und zur Disziplinierung der ausländischen Studenten in der Hand des ISK fand vor einem Jahr zum letzten Male statt.

Aus dem Inhalt: Zum Neokolonialismus der Bundesrepublik (Angola)
Zum Ausländergesetz
Praktiken der Ausländerbehörden
ISK und Akad. Auslandsamt (AA)
VDS-Vorschlag zur Organisation des AA
weitere Dokumentationen

Projektgruppe Internationalismus (PGI)

Folklore, Tanz, Ball, Basarbummel: "WOCHE DER NATIONEN"

Im vergangenen Jahre fand diese Woche zum letzten Male unter dem zur politischen Abstinenz zwingenden Diktat des ISK statt. (s.S.12!) Die diesjährige Woche der Nationen wird politisch. Wir nehmen uns das Recht.

Die Frage, warum der ISK den teilnehmenden Nationalen Studentenverbänden einen Maulkorb umbindet, kann nicht isoliert beantwortet werden. Die Beantwortung verlangt die Reflexion der Stellung der hochentwickelten Industrienation BRD gegenüber der sogenannten Dritten Welt und den europäischen Peripherieländern. Zur Darstellung deutscher "Entwicklungshilfe""- so die von den profitmachenden Monopolkapitalisten und Politikern erfundene und von den Massenpublikationsmitteln übernommene Sprachregelung für bundesrepublikanischen Neokolonialismus - soll exemplarisch das Beispiel Angola dienen. (S. 1 - 4)

Als in den Jahren der Hochkonjunktur das deutsche Arbeitskräftereservoir aufgesogen war, wurden ausländische Arbeiter angeworben.

> Der Einwand, daß kaum noch ausländische Arbeiter hinzugewonnen werden könnten, gilt nicht, solange noch ein erhebliches Lohngefälle zwischen der Bundesrepublik und den potentiellen Herkunftsländern besteht und/oder solange in diesen Ländern offene oder versteckte Arbeitslosigkeit herrscht. Zur Zeit scheint es noch einfach zu sein, ausländische Arbeitskräfte zu bekommen, weil die Arbeitslosigkeit nicht nur in den Herkunftsländern, sondern auch in den mit uns um ausländische Arbeitskräfte konkurrierenden Ländern (Frankreich, Schweden, Benelux) verhältnismäßig groß ist; dort wurde 1967 - ähnlich, wie in der Bundesrepublik Deutschland - ausländische Arbeitskräfte freigesetzt. Wer argumentiert, durch die Anwesenheit ausländischer Arbeiter entstünden zusätzliche soziale Kosten für die Allgemeinheit - Kosten für Schulen udn andre Infrastrukturinvestitionen - übersieht, daß Gastarbeiter, abgesehen davon, daß sie Steuern zahlen, auch Vorteile für die gesamte Volkswirtschaft bringen:
> - Bei den ausländischen Arbeitskräften handlet es ich zum größten Teil um ungelernte Arbeiter, die weniger produktive, aber nicht weniger notwendige Arbeit übernehmen. Dies ermöglichtses den deutschen Arbeitern, in qualifiziertere Berufe aufzusteigen.
> - Die ausländischen Zuwanderer decken einen großen Teil des Bedarfs der Wirtschaft an regionaler Mobilität .
>
> Die Befürchtung, eine hohe Ausländerbeschäftigung bei zunehmender Arbeitslosigkeit beschwöre soziale Konflikte herauf, hat sich auch in der Rezession nicht bestätigt, denn solche Konflikte sind - abgesehen von einzelnen Ausnahmen - ausgeblieben."
> (aus: Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung, Jahresgutachten 1968/69 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Klett-Verlag)

Die Arbeiter aus den Ländern, in denen Klassenkonflikte offener ausgetragen werden, verfügen über ein entwickeltes Klassenbewußtsein. Sie stellen einen das Profitinteresse der deutschen Industrie gefährdenden Unruhefaktor dar.

Betrieblich und staatlich organisierte Disziplinierungsmaschinerie (befristete Einstellung, Strafpunktsystem, repressive Wohnheimsituation, Angst vor Ausweisung etc.) stellen dem Kapital die Hebel zur Verfügung, die die systemnotwendige Anpassung der ausländischen Arbeiter an die kapitalistischen Spielregeln des Ausbeutungslandes bewirken sollen.

Grundlage aller die Ausländer reglementierenden Maßnahmen ist das Ausländergesetz von 1965. Wichtiges Element dieses Gesetzes ist der §6, 2 , nach dem politische Betätigung mit sofortiger Ausweisung bestraft werden kann. Seine Auswirkungen zusammenfassend zu analysieren ist nicht Aufgabe dieses Papiers. Die anschließende Dokumentation kann und soll nur Beispiele bringen.

Das Verbot politischer Betätigung durch das Ausländergesetz ist keineswegs so gemeint, wie es oberflächlich mißverstanden wird. Die Praxis deutscher Ausländerbehörden läßt Geheimdienstaktivitäten (persischer Geheimdienst SAVAK beim Schahbesuch, Entführung von 17 Koreanern durch den südkoreanischen Geheimdienst) zu bzw. unterstützt offen die Propaganda- und Spitzeltätigkeit außländischer Regime. So gewähren z.B. staatliche Institutionen den "Arbeitskommissionen" des Athener Militärregimes Unterschlupf und Wirkungsbasis in deutschen Arbeitsämtern. Konsequenterweise wird eine oppositionelle und kritische Bewußtseinsentwicklung unter den Ausländern unterbunden.

An den Hochschulen wird den Ausländerbehörden und der Fremdenpolizei die Überwachung und Disziplinierung ausländischer Studenten durch den ISK und das Akademische Auslandsamt abgenommen. So übernahm es Heimerl, Boß im AA, einen ausländischen Kommilitonen von der Wahrnahme seines legalen Kontrollrechtes über Machenschaften des ISK abzuschrecken, indem er ihm Repressalien androhte, die eine Exmatrikulation zur Folge geahbt hätten.

Das AA ist nicht etwa denen verantwortlich, deren Interessen es angeblich wahrnimmt, sondern verfolgt unkontrolliert eine Politik, die sich mit den Tendenzen des Ausländergesetzes und damit mit dem politischen und ökonomischen Interesse der deutschen Industrie decken.

Ebenso ist der ISK (Internationaler Studentenkreis) keine autonome Vertretung der Interessen der ausländischen Studenten, sondern Instrument sein er Geldgeber (Industrie, Freundes- und Fördererkreis der THD, Außenministerium, Bundesnachrichtendienst!?). Seine Geldgeber stellen Bedingungen. Eine solche ist politische Enthaltsamkeit.

Wenn der ISK bleibt, was er ist, hat er das Schicksal des vds - Sperrung der staatlichen Zuschüsse - nicht zu fürchten und zwingt weiterhin die um Emanzipation und Befreiung ihrer Heimatländer kämpfenden ausländischen Studenten in den Untergrund.

Relativ unwichtig erscheint der plötzliche Wohlstand einiger Vorstandsmitglieder des ISK. Wichtiger ist es zu untersuchen, ob ein Funktionär des ISK legitimiert ist, als Auslandsreferent des AStA zu zeichnen.

Unsere Arbeit hat erst begonnen. Das Kampfziel ist genannt:

ZERREISST DAS

AUSLÄNDERGESETZ !

Wir werden gegen die Lakaien und Vollzugsbeamten und -gehilfen im AA, sowie gegen die "unpolitischen" Einlullpraktiken des ISK vorgehen.

Der ISK und das AA fürchten nichts mehr als Kontrolle. Sie haben dafür "gute" Gründe.

W I R werden diese Woche der Nationen gestalten!

BEFREIT DEN ISK-

MACHT IHN POLITISCH!

MACHT HEIMERL ZU EUREM
INSTRUMENT —
ODER JAGT IHN DAVON!

SCHLECHTA IST SCHLECHTER
NOCH SCHLECHTER = VERBRAUCHT

KONTROLLIERT DIE KONTROLLEURE

!

NEOKOLONIALISMUS DER BRD
am Beispiel:

ANGOLA

VOR ACHT JAHREN, AM VIERTEN FEBRUAR 1961, BEGANN DAS ANGOLESISCHE VOLK, MIT WAFFEN FÜR SEINE UNABHÄNGIGKEIT ZU KÄMPFEN, WEIL SICH DER WEG DER VERHANDLUNGEN ALS UNGANGBAR ERWIESEN HATTE! UNTERSTÜTZT DAS ANGOLESISCHE VOLK IN EINEM LANGWIERIGEN KAMPF FÜR DIE BEFREIUNG VOM IMPERIALISMUS!

Angola, portugiesische "Überseeprovinz", mehr als fünfmal so groß wie die Bundesrepublik, mit 5 Mill. Einwohnern recht dünn besiedelt (350 000 davon sind europäische Siedler), gilt als eines der reichsten Länder Afrikas. Praktisch alles für eine autarke Wirtschaft steht ihm zur Verfügung. Die Landwirtschaft exportiert zur Ernährung des Mutterlandes. Wichtigstes Exportgut für den Weltmarkt ist Kaffee (Angola ist der viertgrößte Kaffeeproduzent). Der kühle Benguela-Strom macht die angolesische Küste zzu einer der fischreichsten in Afrika. Von den vielfältigen Bodenschätzen ist bisher nur ein geringer Teil wirtschaftlich erschlossen. Vor allem wwerden heute Diamanten, Erdöl und Eisenerz exportiert. Angola ist der viertgrößte Diamantenproduzent der Welt, der zweitgrößte Erdölproduzent in Afrika südlich der Sahara (nach Nigeria), seine Eisenerzvorkommen zählen zu den wichtigsten überhaupt (63% Eisengehalt, Förderung im Tagebau). Kaum erschlossen, aber bereits ins Interesse der Monopole gerückt sind Gold, Uran, Thalium (wichtig für Raketenbau) und Bauxit (demnächst soll eine große Aluminiumfabrik entstehen). Nach dem großen Aufstand von 1961 begannen die Portugiesen mit Hilfe internationalen Kapitals aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen forciert in die Infrastruktur des Landes zu investieren: ein für Afrika erstaunliches Straßennetz wurde gebaut, Staudämme wurden errichtet - der Staudamm von Cambamba ist auf eine Jahresproduktion von 1,25 Milliarden kW geplant.

Es gibt Leute, die finden es "erstaunlich, in gewissem Sinn sogar bewundernswürdig, wie eine kleine, selbst unentwickelte westeuropäische Nation, die im 15. Jahrhundert als erste zum Abenteuer der Welteroberung aufbrach, im späten 20. Jahrhundert immer noch, nun als letzte, ihr überseeisches Imperium verteidigt" (Ansprenger).

Bis zum Aufstand von 1961 war die Notwendigkeit einer "Verteidigung" freilich gering. International wurde der Kolonialbesitz dadurch abgesichert, daß man die "Überseeterritorien" durch eine Verfassungsänderung 1951 kurzerhand in den Status von Provinzen erhob, deren "politisch-administrative Organisation" auf ihre "Integration in das allgemeine Regierungssystem der anderen nationalen Territorien" zielen sollte. (Art. 134 Port.Verf.) Gleichzeitig garantierte das Weiterbestehen des "Eingeborenenstatuts" von 1930, d.h. die absolute Rechtlosigkeit sämtlicher Afrikaner abgesehen von wenigen "Assimilados" (1960 machten sie 1% der Bevölkerung Angolas aus), nach wie vor die rüdesten Formen kolonialistischer Ausbeutung nach dem Sklavenhandel, vor allem das System der Zwangsarbeit auf den Plantagen, in den Bergwerken und auf den öffentlichen Bauplätzen.

Unter diesen Bedingungen wurde 1956 die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) gegründet. In ihrem Manifest fordert sie vollständige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für Angola. Auf ihre Agitation und Schulungsarbeit im Untergrund, auf ihre Appelle an die portugiesische Regierung, Verhandlungen zu beginnen, antwortete diese mit blinder Repression: Verstärkung von Polizei- und Kolonialarmee, Ausbau der Geheimpolizei (PIDE), im März 1959 hunderte von Verhaftungen, der berühmt gewordene "Prozeß der 50" (darunter zahlreiche Mitglieder der MPLA), die Erschießung von 28 Gefangenen aus der Exklave Cabinda in Luanda im November 1960 ...

Die hysterische Reaktion auf jede politische Arbeit unter den Massen zeigt die Unfähigkeit Portugals, den Weg der anderen europäischen Mächte, den der indirekten Kontrolle, zu gehen. Aufgrund seiner eigenen Kapitalschwäche ist Portugal selbst ökonomisch abhängig von seinen Kolonien, von denen es buchstäblich lebt, und unter denen Angola die reichst und wichtigste ist. Der defizitäre Haushalt Portugals muß aus den Kolo

nien gedeckt werden (1959 z.B. betrug das Defizit ca. 53 Millionen brit. Pfund).

Die MplA beshcloß, den Weg des bewaffneten Kampfes zu gehen. Sie begann in den Städten. Am 4.2.1961 griffen Kämpfer der MPLA gleichzeitig mehrere Gefängnisse, eine Radiostation und eine Kaserne und Launda, der Hauptstadt, an. Die Folge war eine Explosion. Die in Milizen organisierten weißen Siedler filen im Verein mit den Kolonialtruppen über die Armenviertel der Stadt her und metzelten nieder, was nach menschlichem Leben aussah. Drei Tage dauerte der Kampf in Launda. Allein am 5.2. wurden 3000 Afrikaner getötet. Die Unruhe breitete sich schnell aus. Im März brach in Nordangola (Distrikte Zaire und Uige) einer der wildesten und blutigsten Aufstände los,,die Afrika erlebt hat. Es heißt, weit über hunderttausend Menschen seien der Repression dieses Aufstandes zum Opfer gefallen (die Portugiesen geben 10-20000 zu). Bedenken in der portugiesischen Militärführung gegen die Härte der Unterdrückung begegnete Salazar mit der Entlassung des Generalstabschefs, die Verteidigungsministers, des Überseeministers und zweier Regionalkommandanten und übernahm selbst das Verteidigungsministerium, um den Kampf gegen die Guerillos nur zu verschärfen. Die dadurch ausgelöste Wechselwirkung von Terror und Gegenterror verschaffte der Befreiungsbewegung überhaupt erst die politische Basis, auf der sie heute, genau wie die Befreiungsarmeen in den anderen portugiesischen Kolonien ihren revolutionären Kampf führen und in den befreiten Gebieten eine neue Gesellschaft aufbauen kann.

Zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen ließ die BRD, Partner der Diktaturen in Spanien und Greichenland, auch den portugiesischen Kolonialismus nach dem Volksaufstand in Angola 1961 nicht verkommen. Die BRD lieferste an Portugal 1961 zehntausend israelische Maschinenpistolen, 1962 16 Aufklärungsflugzeuge vom Typ Dornier 21, 1965 40 Düsenjäger vom Typ Fiat G 91 und 60 des Typs F 86, weiterhin für 1 Mio. DM Napalm- und Sprengbomben, Mercedes-Unimogs für die geländeaufklärung.

Mit diesen Kriegsmitteln werden die Emanzipationsversuche der blutig unterdrückten Völker Angolas, Guineas und Mozambique zusammengeschossen. Um die abendländische Zivilisation zu bewahren und zu verbreiten (CSU-MdB Jaeger) werden aus Düsenflugzeugen westdeutscher Herkunft Napalm- und Sprengbomben tagtäglich auf die befreiten Gebiete abgeworfen - von Piloten, die von westdeutschen Militärs ausgebildet wurden.

Lissabonn honorierte diese Leistungen mit Vorzugskonzessionen für Bundesrepublikaische Monopole. So beutet der Krupp-Konzern in Angola, getarnt als Compania Mineira do lobito auf seinem Kolonialgebiet - das fast so groß ist,wie die BRD und von einer Söldnertruppe bewacht wird - das reciste Eisenerzvorkommen Afrikas aus. In Mozambique wird der größte Staudamm Afrikas von einem internationalem Konsortium unter führender Beteiligung von Siemens, AEG, Voith, BBC und Hochtief AG für einer Milliarde DM errichtet, der neben der Schaffung eines europäisch besiedelten Industriegebietes in seiner nähren Umgebung hauptsächlich der Energieversorgung Südafrikas dienen soll. Südafrikanische Truppen schützen schon heute dieses Bollwerk der weißen Herrschaft im Süden Afrikas.

Die Tatsache, daß die BRD den blutigen portugiesischen Kolonialkrieg unterstützt, daß das westdeutsche Kapital diesen Krieg als Mittel der Ausbeutung benutzt und den Schutz der südafrikanischen Rassisten in Anspruch nimmt, weist auf Traditionen des deutschen Imperialismus in Kaiser- und Nazireich hin. Diese Tatsache interpretiert zugleich Phrasen wie Partner des Fortschrittes und Entwicklungshilfe als Feigenblatt, hinter dem die BRD ihren imperailistischen Schwanz versteckt.

Gegen dieses Komplott des BRD-Imperialismus mit dem portudiesischen Kolonialismus führen die revolutionären Befreiungsbewegungen in den drei portugiesischen Kolonien den revolutionären Volkskrieg. Trotz Steigerung des portugiesischen Kriegsetats auf 45% der gesamten Staatsausgaben und trotz Unterstützung seiner NATO-Verbündeten hat Protugal den Sieg der revolutionären Befreiungsfronten nicht aufhalten können. Angolas MPLA kämpft in 9 von 15 Provinzen und kontrolliert ca. ein Drittel des Landes. Guineas PAIGC hat den portugiesischen Machtbereich

auf isolierte Städte und Miltärstützpunkte verringert. Mozambiques FRELIMO kontrolliert ein Fünftel des Landes und eröffnet den Kampf mit der strategisch entscheidenden TETE-Provinz, wo der Cabora-Bassa-Staudamm entsteht. Die bewaffnete Selbstbefreiung der Völker Angolas, Guineas und Mozambiques wird nicht nur konterrevolutionäre Blockbildung im Süden Afrikas verhindern, sonder eine revolutionäre Alternative zur geschenkten Unabhängigkeit und neokolonialer Wirtschaftsordnung in Afrika schaffen.

Der revolutionäre Befreiungskampf in Angola, Guinea u. Mozambique muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt werden.

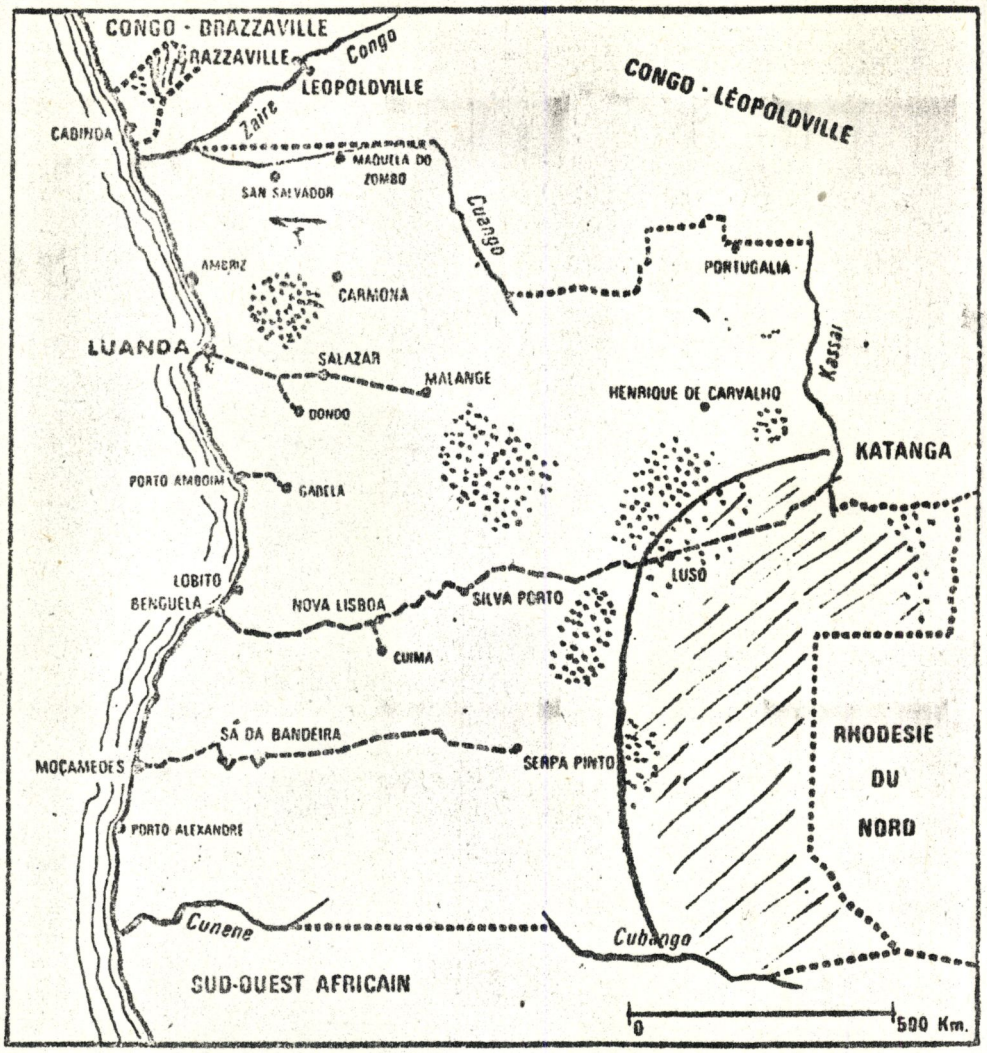
Neben direkter materieller Unterstützung — zum Bsp. durch Medikamentesammlungen — muß unsere Solidarität mit den Befreiungskämpfern ihren konkreten Ausdruck in Aufklärungskampagnen und Aktionen gegen den Mißbrauch von Wissenschaft u. Technik zum Zwecke der Konterrevolution finden

"Ich wage daher zu behaupten, daß wir Portugiesen, indem wir hartnäckig versuchen, einige strategische Stellungen und wichtige Gebiete im westlichen Lager zu halten ungeachtet des Unverständnisses einiger, der allgemeinen Sache keinen kleinen Dienst erwiesen haben, trotz allem werden wir darin fortfahren, weil wir hierbei einem Gebot der Nation gehorchen.

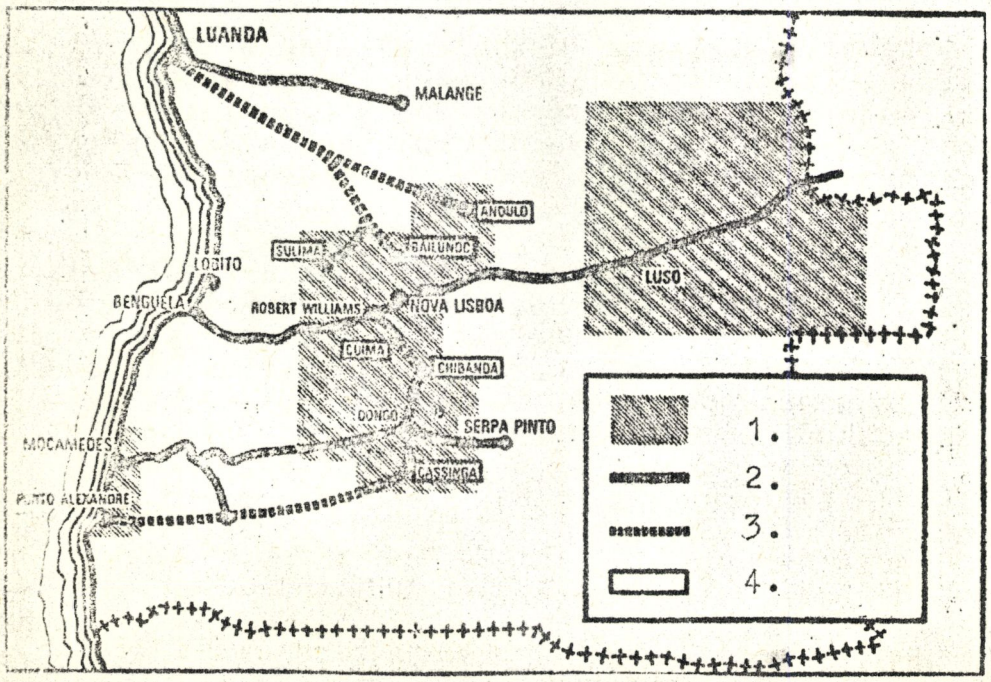
...

Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, Herr Bundeskanzler, sind wirklich ausgezeichnet, sei es auf dem Gebiet der Politik, der Kultur, oder auf dem militärischen Sektor mit rein defensivem Charakter, das Verständnis und der Wunsch, sich gegenseitig zu helfen, waren stets ausschlaggebend. Wir haben von deutscher Seite gute Zusammenarbeit erfahren. Ich erlaube mit, meine Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß wir auch unsererseits der Bundesrepublik einen nützlichen Beitrag leisten" (Caetano, anläßlich des Banketts zu Ehren des Herrn Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland im Pălâcio de Queluz am 24. Oktober 1968)

Angola



BEFREITE GEBIETE UMKÄMPFTE GEBIETE



1. KONZESSIONSGEBIETE DER COMPANHIA MINEIRA DO LOBITO (GESELLSCHAFTE KRUPP)
2. EISENBAHNLINIEN
3. GEPLANTE EISENBAHN-LINIEN
4. BERGBAUZENTREN

Föderation Iranischer Studenten in der BRD und W.Berlin e.V.
1- Berlin 15 - Postfach 752

Berlin, den 12.4.1969

An alle ASTAS sowie an den VDS, SDS, LSD, SHB, die HSU und den WUS

Liebe Freunde,

in immer verstärkter Anzahl kommen ausländische Arbeiter und Studenten in die Bundesrepublik und werden damit sowohl den Polizeidienstellen als auch dem Ausländergesetz, das sich Fortschrittlich nennt, es aber leider nicht ist, unterworfen. Mit der wachsenden Anzahl der Ausländer verschärft sich auch die Handhabung der Gesetzgebung gegen sie.

Leider haben die Universitäten bisher dem Ausländergesetz und damit dem Geschick der Ausländer nur wenig Interesse entgegengebracht. Eine Öffentlichkeit, die sich mit dieser Frage beschäftigt oder gar gegen das Ausländergesetz mobilisiert wird, ist bisher nicht entstanden - und das immerhin angesichts der sich in der BRD tummelnden Geheimdienste, angesichts der Zusammenarbeit zwischen diesen und deutschen Dienstellen , die sich bis hin in die Außenämter der Universitäten erstreckt.

Die Föderation Iranischer Studenten hat deshalb beschlossen, im Mai dieses Jahres eine Aktion gegen das Ausländergesetz zu starten. Der Anwalt der CIS, Dr. Heldmann, der durch verschiedene Veröffentlichungen und Seminare auf dem Gebiet der Ausländergesetzgebung hervorgetreten ist, hat sich bereit erklärt, im Mai in allen interessierten Universitäten Vorträge zu diesem Problem zu halten. Da wir nicht in der Lage sind, die Reisekosten selbst zu tragen, möchten wir Euch bitten, diese zu übernehmen und uns umgehend bescheidzugeben,

a) ob Ihr an dem Vortrag und dem Abend mit Dr. Heldmann interssiert seid;

b) genau den Termin (e), den Ihr ins Auge faßt

und uns so schnell wie möglich zu schreiben, ob Ihr eine Podiumsdiskussion plant oder einen Abend von Dr. Heldmann allein.

Vergeßt nicht - auch bei Ablehnung - zu antworten, damit wir rechtzeitig das Programm koordinieren können!

Mit besten Wünschen,

M. Zarbakhsch - Vorstand der FIS

P.S. Vor der Veranstaltung haben wir ein Koordinierungsgespräch mit Euren Delegierten vorgeshen. Dabei soll das Hauptthema der Aktionsform gewidmet sein. Bitte schreibt den Termin, der Euch am besten paßt! -9-

STUTTGART , 28. NOV. 1968

INNENMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Nr. III 66o-5/115

An die
Regierungspräsidenten (Auszüge)

Betr.:Aufenthaltserlaubnis für Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern
Bezug: Erlasse des Innenministeriums vom 6.März 1961, 1o.Sept.1962.....

Ausländer aus Entwicklungsländern, die ihre Ausbildung im Bundesgebiet beendet haben, sind in immer größerem Umfang bestrebt, sich ganz im Bundesgebiet niederzulassen oder zumindest die Heimkehr in die Herkunftssaaten so lange wie möglich hinauszuschieben. Das liegt weder im deutschen Interesse noch im Interesse ihres Herkunftslandes. Die Gründe, die von den Ausländern vorgebracht werden und mit denen die Ausländerbehörden zur Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis veranlaßt werden sollen, sind wechselnd und zahlreich, die Mittel, mit denen sie ihr Ziel zu erreichen versuchen, nicht immer legal. Manche Ausländer versuchen, sich durch häufigen Ortswechsel unter Verstoß gegen polizeiliche Meldepflichten der Kontrolle durch die Ausländerbehörden zu entziehen; .... schließlich wird man bei manchen dieser Ausländer auch unterstellen können, daß die Ehe mit einer deutschen Staatsangehörigen nicht zuletzt in der Hoffnung geschlossen worden ist, mit Rücksicht auf den deutschen Ehepartner und evtl aus der Ehe hervorgehende und in der BRD aufwachsende Kinder endgültig hier bleiben zu dürfen.
.....
Der Rückkehr der in der BRD ausgebildeten Nachwuchskräfte in ihre Herkunftsstaaten kommt mit Rücksicht auf das Wirksamwerden der ENTWICKLUNGSHILFE in diesen Staaten eine ausschlaggebende Bedeutung zu.....

Dieses entwicklungspolitische Anliegen zu berücksichtigen, ist in besonderem Maße Aufgabe der Ausländerbehörden, weil gerade sie auf Grund ihrer ausländerrechtlichen Befugnisse in der Lage sind, die Durchführung der Ausbildung wirksam zu überwachen und nach Ausbildungsabschluß die Rückführung gegebenenfalls zwangsweise durchzusetzen.....

Über die „entwicklungspolitischen Anliegen"
des bundesdeutschen Kapitals braucht
kein Wort mehr verloren zu werden!

Die Unverschämtheit, mit der
seine Handlanger durch ihre
Reglementierungen die Men=
schenrechte für Ausländer be=
schneiden, muß Konsequenzen
haben!

Zerreißt das Ausländergesetz!

Nehmt mit den ausländischen Kommilitonen den praktischen
Kampf gegen die Praktiken faschistoider Ausländerbehörden

GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT
BONN, DEN 14. JULI 1967 NR. 17 Z 3191 A

verkehr vom Ausland über deutsche Flughäfen nach dem Ausland, die wegen mehrmaliger Zwischenlandung im Bundesgebiet nicht nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 DVAuslG vom Erfordernis der Aufenthaltserlaubnis befreit sind, der Durchreisesichtvermerk als Ausnahmesichtvermerk erteilt werden. Nummer 8 Buchstabe c ist in diesen Fällen nicht anzuwenden.

16. Ergeben sich nach der Einreise zwingende Gründe für eine Verlängerung der Durchreisefrist, so wird sie von der Ausländerbehörde, in deren Bezirk sich das Bedürfnis hierfür ergibt, um die erforderliche Zeit verlängert. Hierzu ist bei den Eintragungen nach Muster A 14 oder A 16 in dem Paß oder Paßersatz oder auf dem Formblatt nach Muster A 15 oder A 17 folgender Vermerk anzubringen:

„Durchreisefrist verlängert
bis zum . . . . . 19 . . “.

Zu § 6

Politische Betätigung

1. Ausländer genießen alle Grundrechte, mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 GG), der Vereinsfreiheit (Artikel 9 Abs. 1 GG), der Freizügigkeit (Artikel 11 GG), der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Artikel 12 Abs. 1 GG) sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland (Artikel 16 Abs. 2 Satz 1 GG). Umfang und Grenzen des Rechts, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, und des Rechts, Vereine zu bilden, bestimmen sich auch für Ausländer nach dem Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz) und dem Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz).

2. Aus dem auch für Ausländer geltenden Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 GG) kann kein Recht auf uneingeschränkte politische Betätigung hergeleitet werden, da sich die Begriffe der freien Meinungsäußerung und der politischen Betätigung nicht decken. Eine politische Betätigung wird daher durch Artikel 5 GG nur insoweit geschützt, als sie sich in der Äußerung und Verbreitung von Meinungen und in der Unterrichtung aus allgemein zugänglichen Quellen erschöpft. Eine darüber hinausgehende politische Betätigung kann unter den in § 6 Abs. 2 AuslG bestimmten Voraussetzungen eingeschränkt oder untersagt werden.

3. Der Begriff einer Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung ist im Sinne des allgemeinen Polizei-(Ordnungs-)rechts zu verstehen.

4. Eine Beeinträchtigung der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland ist insbesondere eine Einwirkung auf die in den demokratischen Organen mitwirkenden Personen oder Personengruppen, auf Parteien oder auf die Öffentlichkeit mit Mitteln oder in Formen, die nach allgemeiner Auffassung zur Verfolgung politischer Ziele unangemessen sind.

5. Sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland können eine Einschränkung oder Untersagung der politischen Betätigung von Ausländern besonders dann erfordern, wenn die politische Betätigung geeignet ist, die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu einem anderen Staat empfindlich zu belasten.

6. Liegt eine der in § 6 Abs. 2 AuslG bestimmten Voraussetzungen vor, so hat die Ausländerbehörde zu prüfen, ob und inwieweit eine bestimmte politische Betätigung einzuschränken oder zu untersagen ist. Die Einschränkung oder Untersagung ist nicht durch Bedingung oder Auflage zur Aufenthaltserlaubnis, sondern durch selbständige Verfügung anzuordnen. In der Verfügung ist anzugeben, welche Zielsetzung, welche Mittel oder welche Erscheinungsformen der politischen Betätigung verboten werden.

7. Hat der Ausländer sich in einer nach § 6 Abs. 3 AuslG unerlaubten Weise betätigt, so ist stets eine Verfügung nach § 6 Abs. 2 AuslG gerechtfertigt. Eine politische Betätigung nach § 6 Abs. 3 Nr. 3 AuslG ist auch dann unerlaubt, wenn die Vereinigung nicht nach § 3 Abs. 2, § 14 oder § 15 des Vereinsgesetzes verboten worden ist oder verboten werden kann.

8. Verstößt ein Ausländer gegen § 6 Abs. 3 AuslG oder gegen eine auf Grund des § 6 Abs. 2 AuslG erlassene vollziehbare Verfügung, so ist zu prüfen, ob seine Ausweisung nach § 10 Abs. 1 Nr. 6 AuslG geboten ist. Gefährdet ein Ausländer durch politische Betätigung die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, so wird er regelmäßig gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 1 AuslG auszuweisen sein.

9. Wird der Ausländerbehörde die politische Betätigung eines Ausländers bekannt, die möglicherweise unzulässig ist, so hat sie Verbindung mit den zuständigen Polizeibehörden oder -dienststellen aufzunehmen.

10. Wird der Ausländerbehörde die politische Betätigung eines Ausländervereins (§ 14 des Vereinsgesetzes) oder eines ausländischen Vereins (§ 15 des Vereinsgesetzes) bekannt, so hat sie der obersten Landesbehörde oder der von dieser bestimmten Behörde zu berichten.

Zu § 7

Geltungsbereich und Geltungsdauer

1. Die Aufenthaltserlaubnis ist in der Regel für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu erteilen. Sie kann auf bestimmte Teile des Bundesgebietes beschränkt werden, wenn besondere Gründe es erfordern, die in der Person oder im Verhalten des Ausländers oder in besonderen örtlichen Verhältnissen liegen können (z. B. Grenz- oder Notstandsgebiete, übermäßige Ansammlung von Ausländern).

2. Die Aufenthaltserlaubnis soll nicht in der Weise räumlich beschränkt werden, daß die Ausländerbehörde unter Ausschluß ihres Zuständigkeitsbereichs die Aufenthaltserlaubnis für andere Teile des Bundesgebietes erteilt. Soll ausnahmsweise eine Aufenthaltserlaubnis unter Ausschluß des eigenen Zuständigkeitsbereichs erteilt werden, so ist das Benehmen mit dem Bundesminister des Innern auf dem Dienstweg herzustellen (§ 26 Abs. 1 Nr. 2 AuslG). Liegen in der Person des Ausländers Gründe vor, die der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis entgegenstehen (vgl. insbesondere die Ausweisungsgründe in § 10 AuslG), so kommt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis auch unter Ausschluß des eigenen Zuständigkeitsbereichs nicht in Betracht. In diesen Fällen ist die Aufenthaltserlaubnis zu versagen.

3. Die Aufenthaltserlaubnis ist in der Regel befristet zu erteilen. Die Frist ist den Umständen des Einzelfalles anzupassen; sie darf die von dem Ausländer beantragte Dauer und soll die Gültigkeitsdauer des Passes oder Paßersatzes nicht überschreiten.

4. Eine Aufenthaltserlaubnis für einen ausländischen Arbeitnehmer ist in der Regel längstens auf ein Jahr zu befristen.

5. Bei Ausländern, die eine Rückkehrberechtigung oder einen Rückkehrsichtvermerk benötigen (vgl. Nummern 8 und 9 zu § 2), ist eine Aufenthaltserlaubnis so zu befristen, daß sie spätestens einen Monat vor Ablauf der Rückkehrberechtigung oder des Rückkehrsichtvermerks endet. Der Bundesminister des Innern kann im Benehmen mit dem Auswärtigen Amt für besondere Fälle bestimmen, daß die

KULTURIMPERIALISMUS UND FUNKTION DES AUSLÄNDERSTUDIUMS IN DER BRD

Die Entwicklungshilfe der BRD gibt vor, die unterentwickelt gehaltenen Länder bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten der ökonomischen und politischen Entwicklung zu unterstützen, während diese doch nur die kontrollierte und in jeder Phase abhängige Entwicklung dieser Länder will und zu verschleiern versucht. die entsprechenden Institutionen bilden weiterhin nur Europäer und nicht Ausländer zu Entwicklungshelfern aus. Offenbarsoll ihnen der Einblick in die Befriedungsstrategie verwehrt werden; es wird befürchtet, daß sie den Anspruch der Selbsthilfe im Sinne der Massen der Entwicklungsländer ernst nehmen, anstatt Agent des "helfenden" Landes zu bleiben.

Welche objektive Funktion hat das Studium von Ausländern in der BRD im Rahmen der bundesdeutschen Entwicklungshilfe ? Der Wert einer wissenschaftlichen Ausbildung sollte darin bestehen, daß sie emanzipatorische Theorie und Praxis ermöglicht: dies gilt in ganz besonderem Maße für Studenten aus den noch unterentwickelt gehaltenen Ländern.

Den objektiven Interessen, die hinter dem scheinbar großzügigen Entgegenkommen der imperialistischen Länder stehen, Ausländer auszubilden, entspricht es nicht, die Lage der großen Masse der Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt radikal zu verbessern - dies kann Nebenprodukt sein oder Mittel zum Zweck, bessere Absatzmärkte zu erhalten - vielmehr dient die Ausbildung von Ausländern der Selbsterhaltung und im weitesten Sinne der Profitmaximierung der Oligarchien und der imperialistischen Mächte.

Imperialistische Staaten haben entsprechend ihrer jeweiligen Wirtschaftspolitik ein Interesse daran, die mittleren Kader für die extraktiven Monopole oder aber einen Teil der Führungskräfte für die Absatzmonopole und Handelsgesellschaften aus der einheimischen Bevölkerung selbst zu rekrutieren. Die Spekulation auf die spätere, ökonomisch sicher relevante Zuwendung der in den Metropolen ausgebildeten Führungskader zu den Ausbildungsstaaten und auf die politische Verbindung mit den zukünftigen Eliten spielt eine wichtige Rolle.

Die Frage, ob der ausländische Absolvent die erworbenen Kenntnisse auch in seinem Heimatland verwenden kann und wie eine sinnvolle Rückanpassung an die Verhältnisse in der Dritten Welt zu leisten wäre, wurde konsequenterweise nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig lassen ausländische Geheimdienste und staatliche Instanzen der BRD mit Hilfe des Ausländerrechts und der Fremdenpolizei nichts unversucht, eine kritische und oppositionelle Bewußtseinsentwicklung der ausländischen Studenten zu unterbinden. Der offene politische Druck wird durch das ohnehin entpolitisierende Fachstudium der Universität ergänzt. Die Depolitisierung im Studium trägt das ihrige dazu bei, zu verhindern, daß die Arbeitskraft Träger politische Unruhe wird. Die zurückgekehrten Akademiker sind häufig ihrer Umgebung völlig entfremdet und kaum in der Lage, für die Masse der Landbevölkerung als Agent ihrer Emanzipation wirksam zu werden.

Eine Untersuchung über den Verbleib europäischer Hochschulabsolventen in Indien hat gezeigt, daß die Mehrzahl in der Staatsbürokratie unproduktive Schreibtischarbeit wahrnimmt oder aber in Bereichen beschäftigt ist, für die sie garnicht ausgebildet wurde.

AUSLÄNDERGESETZ

Das Ausländergesetz vom 28.4.1965 setzt den Ausländer rechtlichen Diskriminierungen aus:

Nach §6,2 AuslG wird die politische Betätigung des Ausländers im Geltungsbereich des Grundgesetzes restringiert: "Die politische Betätigung von Ausländern kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Abwehr von Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder von Beeinträchtigungen der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland es erfordern."

Die Aufenthaltserlaubnis des Ausländers wird mit repressiven Bedingungen, Auflagen und Beschränkungen versehen (§2,1 Satz 1 u. 2 AuslG und §7,4 und 3 des AuslG). Der Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn seine Anwesenheit "erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland ... beeinträchtigt" (§10,1 Ziff.1 AuslG). Das Asylrecht wird im Widerspruch zum Grundgesetz (Art. 16,2 Satz2 GG),also verfassungswidrig, eingeschränkt: Die Ausweisung und Abschiebung auch desjenigen Ausländers ist vorgesehen, der wegen politischer Verfolgung hier Asylrecht genießt ("Aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" - §11,2; vgl. auch §14,1, Satz2 AuslG) wenn der Ausländer "aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit anzusehen ist, oder ... eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen eines besonders schweren Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde" §14,1 Satz 2 AuslG; vgl. auch:Art. 33,2 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28.7.51), kann er sogar abgeschoben werden "in einen Staat, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist" (§14,1,Satz 1 AuslG).

Um derartige Diskriminierungen des Ausländer sin der BRD und in West-Berlin zu eliminieren, stellt der vds folgende Minimalforderungen an ein neues Ausländergesetz:

- Abschaffung der Bedingungen, Auflagen und Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnis,
- Gewährung einer grundsätzlich freien Ein- und Ausreise,
- Abschaffung der Einschränkung der politischen Tätigkeit, soweit diese nicht gegen das Völkerrecht und das Grundgesetz verstößt,
- Aufhebung der verfassungswidrigen Einschränkung des Asylrechts.

AKADEMISCHES AUSLANDSAMT

Auszüge aus dem Forderungskatalog des vds für eine Satzung des Ausländeramtes (21. o.MV Köln, März 1969):

- Oberstes Organ des AA ist die Verwaltungskommission.
- Mitglieder der Verwaltungskommission: Die VK setzt sich aus zwei Vertretern des Senats, dem Auslandsreferenten des AStA und zwei studentischen Vertretern zusammen.
- Einer der beiden studentischen Vertreter in der VK wird von der Ausländervollversammlung am Ende jeden Semesters gewählt. Er soll Ausländer sein. Der zweite studentische Vertreter wird von der Ausländervollversammlung dem StP vorgeschlagen. Er soll Deutscher sein.
- Die VK hat Weisungsbefugnis im Rahmen der Verwaltungs- und Beratungstätigkeit des AA einschließlich der Abgrenzung der Kompetenzen der Mitarbeiter un der Mittelvergabe.
- Jedes Mitglied der VK hat das Recht auf vollständige Akteneinsicht

INTERNATIONALER STUDENTENKREIS E.V.
TECHNISCHE HOCHSCHULE DARMSTADT

DARMSTADT, den 2o.3.1969

Vertrag zwischen dem ISK dem _____ Verein

Betr.: Woche der Nationen vom 19.5.69 bis 24.5.69

Wir nehmen an den folgenden Veranstaltungen teil:

1) Darstellung unserer Länder anhand vom typischen Gegenstände wie Bilder, Plakate, Kunstgewerbe, Beschreibungen des Landes, Nationalgerichte, Nationalgetränke oä., die in Pavillons in der Mensagarderobe ausgestellt bzw verkauft werden.

+ (Politische Betätigung, die sich gegen fremde Nationen, Länder, oder Vereinigungen richten, ist verboten)

2) Tag der Nationen

Vorführung von Folklore, Tanz, o ä.

3) Filmvorstellung von unserem Land.

4) Sportturnier in :

a) Fußball. b) Basketball. c) Volleyball. d) Tischtennis.

Bei Unentschuldigtem Nichterscheinen zu einer Sportveranstaltung (letzter Entschuldigungstermin 24 Stunden vor Spielbeginn.) Behält der ISK die vorher zu bezahlende Kaution von (DM25,-)

Bitte nicht zutreffende durchstreichen.

Für den ISK Für den _____ Verein

..... (Name) .....

..... (Unterschrift) .....

+ Lauter ISK + Vereine-Beschluß vom 2o.3.69, hat der ISK falls eine politisch Betätigung mit der betreffenden Nation bzw Nationen die entscheidenden Rechte und die Pavillons-teilnehmer (Nationen) nur Beratungsrechte.

Indonesien

Klassenanalyse · Revolution und Konterrevolution · Rolle des ausländ. Kapitals · Bewaffneter Volkskrieg · Aufruf der indon. Studenten in Prag an die Studenten Europas ·

PGI PGI PGI PGI PGI PGI

KONTERREVOLUTION IN INDONESIEN

In den imperialistischen Staaten Westeuropas, in Nordamerika und Japan hört man viel über die sogemannte Dritte Welt. Vor zwei Jahren wurde in einer Persienkampagne gezeigt, daß das, was die bundesrepublikanischen Frauen in "Jasmin" und in der Sorayapresse über den Iran lesen, nur einem Teil der Wahrheit entspricht, der andere Teil d.h. die grausame Unterdrückung und das Leid des persischen Volkes haben die Studenten anhand von Flugblättern, Informationsständen etc. aufgezeigt. Wir bitten den Herrn Springer, sowie andere Vertreter der bundesrepublikanischen Hochfinanz um V erständnis, wenn wir ihre Arbeit, nämlich die Beschreibung der Verhältnisse der Dritten Welt als unvollständig betrachten.

Uns geht es darum, die nackte Wahrheit zu zeigen, und ein richtiges Bild über die Ausbeutung dieser schönen Urlaubsländer zu geben. In diesen Ländern gibt es nicht nur schöne Landschaften und Märchen, sondern auch Elend, Hunger Krankheiten, Massaker und Tod. Wer sind die Verantwortlichen für diese Grausamkeiten? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir ein trockenes Thema behandeln und womöglich die Geduld der Leser auf die Probe stellen. Wir werden zuerst eine grobe allgemeine Analyse der Klassenstrukturen in der dritten Welt liefern und über die Lakaienrolle gewisser Schichten exemplarisch anhand der herrschenden Verhältnisse in Indonesien berichten.

In den meisten Ländern der Dritten Welt gibt es sechs verschiedene Klassen, die verschiedene Klasseninteressen haben:

1) Feudalisten. Diese Klasse besitzt die Produktionsmittel auf dem Lande, wie Boden, Vieh usw. Durch sie werden die Bauern und die Landarbeiter ausgeplündert und ausgebeutet. Sie ist äußerst reaktionär im Denken und ihre Ideologie findet in den lang überholten Religionen Unterstützung. Die Feudalistenklasse ist ein Feind der Industrialisierung in den Ländern der Dritten Welt und ein Lakai der Imperialisten, welche eine Industrialisierung häufig verhindern.

2) Die KOmpradorenbourgeoisie. Diese Klasse besteht aus Verbindungsleuten zwischen dem inneren und dem äußeren Markt, d.h. zwischen den unterentwickelt gehaltenen Ländern und den Industriestaaten. Sie kaufen z.B. fertig hergestellte Produkte von den Industriestaaten und verkaufen sie weiter an ihre Landsleute und sind bereit, die nationalen Reichtümer an die Imperialisten zu verschleudern.Sie verhindern ebenfalls eine Industrialisierung, da ihre ökonomische Basis als Vermittler durch eine autonome Industrialisierung bedroht wird. Die Vertreter dieser Klasse stellen die meisten Regimes in Lateinamerika. Sie tragen das Suharto-Regime in Indonesien, die Militärjunta in Griechenland, das System Onkel Rezas im Iran etc.

3) Die Nationalbourgeoisie. Diese Klasse ist zum Teil antiimperialistisch eingestellt. Sie besitzt die unterentwickelten Produktionsmittel in den Städten. Sie ist schwach und nicht fähig, mit den Imperialisten auf dem nationalen Markt zu konkurrieren.

4) Das Kleinbürgertum. Diese Klasse ist antiimperialistisch eingestellt aber da sie keine feste ökonomische Basis hat, schwankt sie ständig und ist in der antiimperialistischen Revolution unzuverlässig. Zu dieser Klasse gehören die Militärbürokraten, Lehrer, Ärzte, Beamte etc.

5) Die Bauern. Die verarmten Bauernmassen sind die Stütze der antiimperialistischen Revolution. Sie sind sowohl durch die Feudalisten, als auch durch die Kompradoren ausgeplündert. Sie sind die produktive Kraft, die die Revolution nährt und eine Quelle der revolutionären Partisanen.

6) Das Proletariat. Es setzt sich zusammen aus Hafenarbeitern, Textilarbeitern, Druckern, Bergarbeitern und und anderen Arbeitern in den unterentwickelten Industrien. Diese Klasse wird von ausländischem und inländischem Kapital ausgebeutet. Ihr höheres politisches Bewußtsein, ihre Opferbereitschaft und Fähigkeit zur Organisation macht die Arbeiterklasse zur führenden Kraft der Revolution, obwohl sie zahlenmäßig meist schwach ist.

Hier liegt uns eine grobe allgemeine Analyse der Klassenstrukturen in der Dritten Welt vor. Diese grobe Analyse trifft in einigen Ländern der Dritten Welt nicht genau zu. Die Aufgabe dieser Analyse ist es, bei der Behandlung des indonesischen Problems als Stütze zu dienen.

Wie wir zuvor erwähnten, können Feudalisten und Kompradoren gegen den Imperialisten nicht kämpfen, da sie gegen ihre eigenen Interessen nicht handeln können. In Indonesien war der antikoloniale Kampf gegen die Holländer die Aufgabe der Nationalbourgeoisie, Kleinbourgeoisie, der Bauern und der Arbeiter. Alle diese Klassen kämpften unter der Führung des Kleinbürgertums und der Nationalbougeoisie mit Sukarno an der Spitze. Die Vertreibung der Kolonialmacht und die Machtübernahme Sukarnos war die Machtübernahme dieser zwei Klassen. Da diese Klassen schwach waren und keine feste ökonomische Basis hatten, konnten sie mit den imperialistischen Konzernen im Inland nicht konkurrieren; da die Nationalbourgeoisie die Revolution nur bis zum halben Weg geführt hat und nicht fähig war, die weiteren emanzipatorischen Bestrebungen des indonesischen Volkes zu erfüllen, blieb sie zwischen zwei Strömungen: den konterrevolutionären Bestrebungen unter dem Einfluß der imperialistischen Mächte und dem revolutionären Druck der sozialistischen Bewegungen.

Um ihre Position zu festigen, stützte sie sich auf iene Militärbürokratie und schwankte je nach ökonomischen E rfordernissen zwischen Revolution und Konterrevolution. Einmal spielte sie eine fortschrittliche Rolle - einmal eine reaktionäre. Die Nationalbougeoisie Indonsiens balancierte zwischen der KPI, die die Interessen der Arbeiter und Bauern vertreten sollte und den islamischen Parteien, die die Interessen der Feudalisten, Kompradoren sowie des ausländischen Finanz- und Investitionskapitals vertraten. Dieser Balanceakt war nach 1965 nicht mehr möglich; die Fraktionierung in der Armee trat offen zu Tage und die Fronten polarisierten sich.

1965 hat das ausländische Kapital, d.h. das Kapital vor allem der imperialistischen Staaten Westeuropas, Nordamerikas und Japans seine konterrevolutionäre Offensive sehr gut vorbereitet und durchgeführt, ohne Truppen nach Indonesien zu schicken, wie dies in Vietnam der Fall ist.

Die Imperialisten benutzten rechtsgerichteten Teil des korrumpierten, bürokratischen Militärs in Indonesien (das die nach der Kolonialrevolution verstaatlichten Betriebe kontrollierte) und fing an, die nationalistischen und Arbeiterparteien zu zerschlagen und die Demokraten physisch zu liquidieren. Insgesamt wurden mehr als 7oo ooo Menschen gelyncht. Dieser Massenmord, dieses Massaker war "...Die beste Nachricht für den Westen seit Jahren in Asien." (so die "TIME" vom 15.7.66.) Durch die damit errichtete Militärdiktatur bahnte der Imperialismus den Weg frei für seine Rückkehr nach Indonesien. Die nationalen Errungenschaften und die emanzipatorischen Bestrebungen des indonesischen Volkes wurden mit Füßen getreten.

Eine neue Form von Kolonialismus herrscht in Indonesien. Das indonesische Volk wurde massakriert, damit die Konzerne der freien Welt mehr Gewinne erzielen. Der Massenmord und die Machtübernahme der faschistischen Suharto-Nasution-Clique wurden durch die Zurückgabe aller nationalisierten ausländischen Unternehmen und Niederlassungen sowie durch die Umwandlung aller eingefrorenen ausländischen Mittel in Staatsschuldverschreibungen gekrönt. Durch diese Wiedergutmachung die als eine echte Entwicklungshilfe an die imperialistischen Staaten zu bezeichnen ist, erhöhte sich die Auslandsverschuldung Indonesiens auf 9,6 Milliarden DM. Damit trat Indonesien an die erste Stelle in den Wettkampf der Staatsverschuldung.

Das Regime unterschrieb damit die völlige Abhängigkeit von seinen Gläubigernationen: USA, Japan, BRD, Frankreich und Holland, die den sogenannten "Tokioter Club" konstituierten. Dieser Club, ein Gremium dessen Mehrheitsbeschlüsse indonesiens Regierung bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen vorschreiben kann, hat schon die Neuordnung" der indonesischen Wirtschaft im Geld- und Kapitalsektor nach Richtlinien des von den USA beherrschten "International Monetary Fund" bewirkt. Auch holte sich der "Tokioter Club" Garantieversprechungen der Regierung für die Tätigkeit des ausländischen Kapitals und die Zulassung von neuen Kapitalinvestitionen. Die folgende Tabelle zeigt die Investitionen ausländischer Gesellschaften in Indonesien, Stand 3o.Aug.68, Antaraberichт vom 7.Okt.68:

Nation	Gesellschaften	Kapitalinvestitionen in 1ooo US - $
USA	12	114.59o
Kanada	3	75.87o
Holland	12	19.43o
Japan	1o	17.2oo
BRD	5	5.65o
Andere Nationen	42	136.81o
INSGESAMT	84	342.18o

Im Hinblick darauf, daß außer den schon zurückgegebebnen Betrieben 84 Firmen mit einem Gesamtkapital von 352.18o.ooo US-$ in Indonesien tätig sind, ist der Anteil der deutschen Unternehmen mit Investitionen im Wert von 5.65o.ooo US-$ relativ gering. Dies wird aber durch eine ständig steigende Bedeutung Indonesiens als Absatzmarkt kompensiert.

Die Bundesrepublik ist mit einer Jahresausfuhr von 8o,5 Mio. US-$ im Jahr 1967 (Antara-Bericht 7.Okt.68) nach Japan Indonesiens wichtigster Lieferant. Orientierungsbesuche bundesrepublikanischer Politiker, gekoppelt an Kreditversprechen wie der Besuch Gerstenmaiers im Mai 68 sollen das Interesse der deutschen Wirtschaft zu neuen Investitionen reizen. Durch solche neokolonialistischen Wirtschaftsbeziehungen mit Indonesien soll die Rolle der BRD in Verbindung mit den USA und Japan zu einer neuen imperialistischen Bedeutung erweitert werden. Der vorsitzende des deutschen Industrieinstituts meint nach einem Besuch in Indonesien im Januar 1968 ausdrücklich: "Indonesien bietet für neue Investitionen Sondervergünstigungen, Befreieung von Steuern, vor allem das Recht des Transfers laufender Gewinne in die ursprüngliche ausländische Währung. Natürlich gewährt es den Investoren auch Eigentumsschutz."(in "Indonesien" Nr.1,68,S.15)

Die Erklärung, des indonesischen Außenministers Malik im Januar 68, in der er offen das Mißlingen einer eigenen Wirtschaftspolitik eingestand, brachte die verzweifelten Wirtschaftsplaner des faschistischen Regimes dazu, ihre Abhängigkeit von Auslandskrediten und Privatinvestitionen offen zuzugeben, welche beide in einer Größenordnung von etwa 75o Mio. US-$ den jährlichen Bedarf für eine Stabilhaltung der indonesischen Wirtschaft ausmachen. (Vgl. dazu FAZ vom 9.Nov.68)

Die FOlgen der Militärdiktatur

Die sogenannte "BIMAS" (Mass Guidance) und "INMAS" (Mass Intensification) sind neue spezielle Organisationen, die von dem faschistischen Regime Suharto-Nasution gegründet wurden, um ausländischem Kapital die Infiltration in die Landgebiete zu ermöglichen. Dadurch sind die Massen der Bauern einer zügellosen dreifachen Ausbeutung unterworfen: der Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer, durch die Organe des einheimischen Kapitals und durch das ausländische Kapital.

Hoechst, ein westdeutsches Chemie-Großunternehmen hat kürzlich ein Abkommen mit einer italienischen Firma namens COOPA unterzeichnet, unter der Bedingung, daß der kredit für Importe von Kunstdünger der Farbwerke Hoechst benutzt werden muß. Der Dünger wird unter der Regie von "INMAS" vertrieben. Danit hat Hoechst alle Rechte, die Nutzung des Kredits zu kontrollieren und kann mit Hilfe von "INMAS" in den Agrargebieten Ostjavas Einfluß nehmen, um die Bauern auszubeuten, die dem Kunstdüngermonopol hilflos ausgeliefert sind.

Bewaffneter Volkskrieg

Die durch die Massenmorde nach dem Militärputsch weitgehend zerschlagenen Organisationen der Linken (Kommunisten und linke Nationalisten) haben sich mittlerweile reorganisiert und führen von verschiedenen Stützpunktgebiten, wie z.B. in Ost- und Mitteljava, sowie in West-Kalimantan den bewaffneten Kampf gegen das Regime.

Z.B. sind die Einkreisungs- und Vernichtungskampagnen einiger Eliteregimenter des Suharto-Nasution-Regimes gegen die bewaffneten Volksstreitkräfte in West-Kalimantan gescheitert. Dem Propagandaapparat der "Neuen Ordnung" gelang es nicht, diese Niederlage zu verschleiern. Heute operieren mindestens 65oo Mann von Suhartos Truppen in West-Kalimantan, einschließlich einiger Batallione "special-forces". Vom Armee-Hauptquartier verlautete, daß die Partisanen schwächer und schwächer würden - tatsächlich aber erhöht Suharto ständig die Anzahl seiner Truppen in West-Kalimantan.

A U F R U F

von indonesischen Studenten an alle demokratischen und revolutionären Studenten und Jugendlichenin Europa.

Liebe Freunde !

Indonesien, das schöne Land der 3ooo Inseln, das entsprechend seiner natürlichen Ressourcen eines der reichsten Länder der Welt ist, gibt jetzt ein sehr düsteres und schreckliches Bild ab. Sichtbare Anzeichen von außerordentlicher Armut findet man in wachsendem Maße in Indonesien, sowohl in den Städten als auch auf dem Land, Millionen von Menschen, alte und junge, Männer und Frauen, genauso wie Kinder, ziehen durch das Land, dauernd vom Hungertod bedroht, ohne Arbeitsmöglichkeiten un ohne jede Aussicht für ihre Zukunft. Die Preise für Lebensmittel steigen ununterbrochen bis auf eine Höhe, die weit über der Kaufkraft der einfachen Menschen liegt. Indessen tobt die Brutalität des faschistischen Terrors ohne Grenzen durch das Land. Sie wird organisiert von der faschistischen Militärdiktatur der Suharto-Nasution.

Die Gefängnisse und Konzentrationslager sind mit politischen Gefangenen überfüllt, die brutalen Folterungen und allen Arten von Mißhandlungen unterworfen werden. Es ist kein Wunder, daß wir Zeugen der totalen Zerstörung von Moral und Kultur in der indonesischen Gesellschaft werden. Korruption, Gangstertum,Schmuggel, Erpressung, Prostitution, und andere Verbrechen sind täglich überall in Indonesien anzutreffen. Eine der Personen, die am meisten für die gegenwärtige Tragödie in Indonesien verantwortlich sind, ist der faschistische General Suharto, der Boss der Herrschenden Clique von kriminellen Generalen, der Vertreter der reaktionären Klaseen im Lande und ein treuer Wachhund aller Arten von Imperialisten und Sozialopportunisten. Dieser Mann will im Mai 1969 einige europäische Länder besuchen, um von seinen europäischen Herren ökonomische und finanzielle Hilfe einzusammeln. Dies in der Absicht, den Bankerott seines korrupten Regimes noch einige Zeit hinauszuzögern und weiterhin das indonesische Volk zu unterdrücken.

Liebe Freunde! Wir kennen Eure kämpferische, revolutionäre Tradition sehr genau und sind überzeugt, daß Ihr diesen mit Blut beschmierten faschistischen General nicht frei durch Europa fahren lassen werdet. Erhebt Eure Stimme gegen alle brutalen Verbrechen in Indonesien ! Zeigt diesem Unterdrücker und Mörder des indonesischen Volkes Euren tiefen Haß ! Demonstriert Eure militante Solidarität mit dem indonesischen Volk, das mit dem bewaffneten Kampf in Form des Volkskrieges für Freiheit, Demokratie und Sozialismus begonnen hat.

Lang lebe die militante internationale Solidarität der Jugendlichen und Studenten in der ganzen Welt ! Tod dem Imperialismus und Sozialopportunismus ! Tod der faschistischen Militärdiktatur von Suharto - Nasution ! DAS VOLK WIRD SIEGEN !

Coordinating Body of the Indonesian
Students Association in Europe (PPI)
(Post Box 369 - Prague - CSSR)

(Nach dem Putsch von 1965 versuchte das militärfaschistische Regime Einfluß auf die europäische Abteilung der PPI zu nehmen. Den Faschisten gelang es 1966 in Paris eine Gegenorganisation zu gründen. Mit Hilfe von Druckmitteln (umfangreichen Fragebögen, in denen inquisitorisch politische und religiöse Einstellung, Organisationszugehörigkeit und Familienverhältnisse unter Zwang ausgefragt wurden, Paßentzug, Spitzel Erpressungen) gelang es den Reaktionären, die gesamte PPI in westeuropa zu übernehmen. Von Anfang an war die von reaktionären Kräften durchsetzte PPI in Westdeutschland die treibende Kraft dieser Gleichschaltung.)

- - - - - - -

Projektgruppe Internationalismus an der THD

TEACH-IN

DO 22.5
18 30

INDONESIEN

INDONESIEN EIN LAND DER DRITTEN WELT

INDONESIEN EIN LAND MIT REICHTUM, DEN FREMDE AUSBEUTEN

INDONESIEN EIN LAND MIT HUNGERNDEN MASSEN

INDONESIEN EIN LAND, EXEMPLARISCH FÜR DIE 3. WELT

PGI

ANALYSEN
BERICHTE
LITERATURANGABEN

info-dritte welt: Indonesiens Weg zur Konterrevolution

Im Oktober 1965 gab es in Indonesien einen Staatscoup, über dessen Natur sich jeder bei näherem Hinsehen im klaren sein mußte: es war eine Konterrevolution. Dazu möchte ich gleich einige Pressekommentare vorausschicken.

Sunday Times vom 2.Januar 1966:

"Im Verlauf der letzten drei Monate wurden in Indonesien mehr Menschen getötet als in Vietnam unter fünf Kriegsjahren. Europäische Geschäftsleute und Techniker, die aus dem Landesinnern kamen, erzählen, daß die Flüsse mit den Leichen geköpfter Menschen angefüllt sind."

Die New York Times vom 19.Juni 1966 schreibt:

Es gab bedeutend mehr als einen Kontakt zwischen den antikommunistischen Kräften in Indonesien und zumindest einem hohen Staatsbeamten in Washington, als man sich im allgemeinen vorstellt, vor und während dem indonesischen Massaker. Die Streitkräfte des Generals Suharto haben zweitweise schweren Mangel an Verpflegung und Munition gehabt und erhielten durch die USA über ein drittes Land Hilfe, und es ist zweifelhaft, ob der Staatscoup hätte durchgeführt werden können ohne die amerikanische Demonstration der Stärke in Vietnam oder geglückt wäre ohne die indirekte amerikanische Hilfe."

Wir sehen, hier ist noch nicht die Rede davon, daß die Kommunisten einen Staatsstreich planten, wie es später wieder und wieder in der westlichen Presse vorgetragen wurde, keine Rede von chinesischer Infiltration, aber noch weniger ist die Rede von irgendeiner Art des Protestes.Obwohl es sich hier um das größte organisierte Massaker(nach dem an den Juden in Europa)in der Nachkriegsgeschichte handelt. Die Zahl der Opfer wird auf 1 bis 1 1/2 Millionen geschätzt.Andererseits ist es nicht verwunderlich, daß die'zivilisierte Welt' keinen Protest erhoben hat, denn es handelte sich um'minderwertige'Asiaten, noch dazu Kommunisten. Und es ist schon gar nicht verwunderlich, wenn man beobachtet, wie selbst linke Kräfte sich dem Sozial-Chauvinismus und wirtschaftlichem Opportunismus verschreiben.

Wir wollen folgende Fragen versuchen zu beantworten: Wie konnten die Ereignisse einen derart furchtbaren Verlauf nehmen? Welche Tendenzen und Kräfte haben daran mit gewirkt? Welche Folgen hat der Coup für das indonesische Volk gehabt?

Einige geographische, ökonomische und geschichtliche Tatsachen müssen dem vorausgeschickt werden, um unsere Vorstellung von Indonesien zu konkretisieren.

Indonesien hat 1,9 Millionen qkm, ist also das achtgrößte Land der Welt. Es ist achtmal so groß wie die Bundesrepublik. Es besteht aus über dreihundert Inseln, die über ein Gebiet etwa vom Ural bis Irland im Westen, von Skandinavien bis Sizilien verstreut sind, mit ca.109 Millionen Einwohnern. 80 % der Bevölkerung konzentrieren sich jedoch auf Java und Sumatra; auf Java, das nur 1/15 des gesamten Territoriums ausmacht, allein 70 %. Wie wir später sehen werden, dürfte dies einen entscheidenden Faktor für den schnellen Sieg der Konterrevolution darstellen.

Die ethnische und sprachliche Situation in Indonesien ist äußerst komplex. Es werden 170 verschiedene Sprachen gesprochen, jedoch gehören fast alle der malayo-polynesischen Sprachengruppe an. Außerdem stimmen die Sprach- und Rassengrenzen nicht überein. Einer politischen Einigung standen also niemals von vornherein überwältigende Hindernisse im Wege. Diese Einigungsbestrebungen gingen immer von den Javanesen aus, als der stärksten Bevölkerungsgruppe, und reichen bis ins 8.Jahrhundert zu rück; die Einheit über einen längeren Zeitraum scheiterte jedoch an der starken feu dalen Struktur (im 6.Jahrhundert gab es allein in Mittel- und Ostjava über 30 klei ne Fürstentümer) und natürlich an den geographischen Gegebenheiten. Seit dem Ende des 16.Jahrhunderts begannen die Holländer in Indonesien vorzudringen. Karl Marx sagt darüber: " Die Geschichte der holländischen Kolonialwirtschaft - und Holland war die kapitalistische Musternation des 17.Jahrhunderts - entrollt ein unübertreff liches Gemälde von Verrat, Bestechung. Meuchelmord und Niedertracht."

Nun, sie wandten das gleiche System an, das sich seit Jahrhunderten bewährt hat: sie verbündeten sich mit dem einheimischen Feudaladel bzw. mit den Sultanen (die Islamisierung war so gut wie abgeschlossen), halfen diesem bei der Niederwerfung von Bauernaufständen, und als Gegenleistung mußte das Handelsmonopol der Holländer anerkannt werden. Damals wurde auch der Grund gelegt für die Wirtschaftsstruktur,die wir auch heute noch in den Kolonien vorfinden: die Monokultur, die mit echt christ licher Brutalität durchgeführt wurde. Zum Beispiel: Die Molukken (gewürzinseln) sinc das einzige Gebiet der Welt, auf dem die Muskatnuß gedeiht und der größte Teil der Nelkenbaäume wächst; ihre Bedeutung war deshalb schon im frühen Mittelalter groß.

Zuerst die Portugiesen, dann die Holländer führten die Zwangskultur ein. D.H. es durfte nur noch Muskat und Nelke angebaut werden. Mit dem Erfolg, daß 1ooo ooo Einheimische mangels Reis verhungerten. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Europäer es war, der die intakte wirtschaftliche Autarkie in der Dritten Welt, z.B. Afrika, Indien, Ostindien, zerbrochen hat; die sozialen Unterschiede waren vorhanden, aber es ist klar, daß sie durch diese Maßnahmen enorm vertieft worden sind. Auf Java wurde durch Zwangskultur frühzeitig Kaffee, Zuckerrohr, Indigo, Tabak, also lauter Luxusgüter für Europa, angebaut. Da die militärisch-politische Macht Hollands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht für die Kontrolle ganz Indonesiens ausreichte, machten die Engländer, Franzosen, Amerikaner dort frühzeitig ihren Einfluß geltend. Die Agrargesetze von 187o schufen die Grundlage für den freien Wettbewerb des Kapitals. Der gesamte Grund und Boden wurde zum Staatseigentum erklärt und sollte an Holland und sonstige Unternehmer (auf 75 Jahre) in Pacht gegeben werden. Rein zufällig natürlich bekamen die Indonesier ihre Unabhängigkeit erst nach Ablauf dieser 75 Jahre zugestanden. 19o4 erst wurde nach einem 3o-jährigen blutigen und grausamen Kampf Sumatra unterworfen und damit ganz Indonesien. 19o7 entstand der englisch-holländische Trust "Royal Dutch Shell" in Indonesien (damals begann die Verflechtung holländisch-englischen Kapitals auch auf anderen Gebieten wie der Zimm- und Kautschuk-Produktion). 19o5 bis 19o7 entstanden auch die ersten nationalen, islamischen Befreiungsbewegungen. 192o wurde erstmals in Asien eine kommunistische Partei gegründet, die KPI. Sie führte bereits 1926 eine antikoloniale Rebellion durch, die jedoch schlecht geplant war und von den Holländern restlos zerschlagen wurde. Die Repression dehnte sich in den folgenden Jahren auf alle nationalen Parteien aus, bis Mitte der 3oer Jahre alles politische Leben zum Erliegen kam. 1929 hatten Mangumkusumo und Sukarno die Nationale Partei Indonesiens gegründet. Er und seine politischen Freunde erhielten noch im selben Jahr langhährige Gefängnisstrafen und die Partei wurde verboten.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 erschütterte die Hauptzweige der Landwirtschaft und Industrie aufs heftigste; was andererseits den USA-Monopolen erlaubte, sich entscheidende Positionen in der Kautschuk- und Erdölproduktion zu erobern (Verteilung des Kapitals 1937: Anglo-Dutch 56 %, USA 33 % - Goodyear, Rubber Company). Die Arbeitslosigkeit und Verarmung der Bauern nahm ungeheure Ausmaße an, wodurch, trotz aller Repressionen die Voraussetzungen für ein neues Aufflammen und Erstarken der nationalen Parteien gegeben war, so der Nationalen Partei und der Sarekat Islam, ursprünglich eine Vereinigung moslemischer Kaufleute, die allerdings durch ihren nationalen Charakter zu einer Massenpartei wurde.

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entstand eine völlig neue Situation: Hatten sich die europäischen Kolonialmächte vorher ihren Kompradoren und der Bevölkerung in den Kolonien noch als Bewahrer der Freiheit vor fremder Aggression dargestellt, so war ihnen mit den japanischen Eroberungen Hongkongs, Malayas, Borneos, Burmas, Indochinas, Singapurs und Indonesiens in zweifacher Hinsicht eine Niederlage beigebracht worden. Einmal hatte sich die äußerst geringe Resistenz der europäischen Herrschaftspositionen gegen militärische Angriffe erwiesen, selbst dann, wenn diese mit relativ schwachen Kräften unternommen werden. Soweit die Bevölkerung in den betreffenden Gebieten sich überhaupt dem japanischen Angriff entgegengestellt hatte, war es nicht mit dem Ziel geschehen, die Positionen des Imperialismus zu verteidigen; der anti-japanische Widerstand, sofern er überhaupt wirksam wurde, organisierte sich unter der Leitung kommunistischer Parteien. Die Kompradoren-Bourgeoisie alliierte sich zumeist mit den Okkupanten und zog sich erst zurück, als sie merkte, daß ihre Privilegien verloren gingen. Sukarno z.B. war unter den ersten, die sich bereitwilligst den japanischen

Imperialisten zur Verfügung stellten. Zum Dank wurde er von der japanischen Regierung als der einzige legitime Vertreter des indonesischen Volkes angesehen. Er machte seinen Einfluß geltend, um "Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten und, wie könnte es anders sein, um das Schlimmste zu verhuten. Was er allerdings nicht verhüten konnte, war die Zwangsrekrutierung hunderttausender indonesischer Arbeitskräfte für den japanischen Arbeitsdienst, was für die Betroffenen einem Todesurteil gleichkam,und, offenbar, weil er es nicht verhindern konnte, half er die Listen zusammenstellen. Sukarno setzte seine Kollaboration bis über den Zusammenbruch des japanischen Imperiums hinaus fort.
In den japanischen Kolonien entstanden revolutionäre Befreiungsbewegungen, in geringerem Umfang in Indonesien, die durch das Versagen der westlichen Kolonialtruppen sowie durch ihre wachsenden Erfahrungen in der Guerillagriegsführung gegen die Japaner großen Auftrieb erhielten. Der Kolonialmacht entstanden während der Zeit ihrer Abwesenheit Gegner, die an Widerstandwillen alle bisher gekannten antikolonialen Bewegungen übertrafen.
Nach der japanischen Kapitulation wurden die japanischen Truppen vom englisch-holländischen Oberkommando gebeten, solange in Indonesien zu bleiben und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, bis die Wachablösung einträfe. Vergebens - die Ordnung konnte nicht aufrechterhalten werden, sondern die Japaner wurden von der nationalen Befreiungsarmee entwaffnet, und bevor die Hooänder und Engländer eintrafen, wurde 1945 die Unabhängigkeit des Landes ausgerufen. Präsident der Republik wurde Sukarno, Vizipräsident der islamische Reaktionär Hatta. Sechs Wochen später wurde dieser souveräne Staat überfallen. Englische Truppen landeten auf Java,und mit Unterstützung der Holländer jeden Widerstand mit beispielloser Brutalität niederschlagend, bemächtigten sie sich binnen kurzem der größten Städte des Landes. Jedoch versteifte sich der revolutionäre Widerstand,und der Sieg der Befreiungsarmee konnte nur durch die Verhandlungsbereitschaft Sukarnos abgebogen werden. 1947 erkannten die Holländer die Republik an. Das Abkommen von Linggadschati sah die Bildung der Vereinigten Staaten von Indonesien vor, unter Einschluß der Marionettenstaaten, die die Holländer, in den von ihnen okkupierten Territorien, geschaffen hatten. Die Bildung eines Koalitionsministeriums zwischen der Nationalen Partei Indonesiens (PNI) und der Kommunistischen Partei (PKI) nahm das firedliebende kleine Holland zum Anlaß, den Vertrag zu brechen und abermals mit anglo-amerikanischer Militärhilfe Indonesien zu überfallen. So sah der "Kalte Krieg" in Wirklichkeit aus. Unter dem Vorsitz der USA wurde drei Monate später der Vertrag von Renville unterzeichnet, der die Verminderung der indonesischen Streitkräfte vorsah.
Die durch diese Ereignisse zur Macht gekommene reaktionäre Hatta-Regierung bereitete inzwischen in aller Stille den zweiten vernichtenden Schlag gegen die kommunistische Partei Indoneiens vor. Über Nacht wurden ihre Führer Musso und Scharifuddin ermordet, ihre Kader sowie alle radikal nationalen Elemente ins Gefängnis geworfen und in KZs verschleppt. Da jetzt die Indonesische Republik entscheidend geschwächt war, konnte Holland abermals den Vertrag brechen und innerhalb weniger Monate alle strategischen Punkte Indonesiens besetzen. 1949 fand die "Round Table"-Konferenz in Den Haag statt, abermals durch die Initiative der USA mit dem Ergebnis: Der Republik Indonesien wurde die Unabhängigkeit im Rahmen einer Niederländisch-Indonesischen Union und unter der Oberhoheit der Holländischen Krone zugestanden. Damit verbunden war ein Finanz- und Wirtschaftsabkommen, das die Konkurrenz des Kapitals sicherte und vor allem dem holländischen Kapital gewisse Vorrechte einräumte. Neu-Guinea bzw. Westiran, das nahezu ein Viertel des indonesischen Territoriums ausmacht, sollte 1950 definitiv an Indonesien zurückgegeben werden. Dieser vertraglich festgesetzte Passus wurde nicht eingehalten.

Nun, von 1949, der Unabhängigkeit, bis 1965 dauerte die Ära Sukarno; er war als Staatspräsident der Pol, um den sich der Tanz der Kabinette vollzog. Obendrein war er einer der verantwortlichen Führer der PNI. Aber er war nie der Diktator, der "starke Mann", als der er so oft bezeichnet wurde oder sich selbst gerne sah. Ihm war es im wesentlichen um die Erhaltung seiner persönlichen Position zu tun, was ihn zum Spielball der politischen Kräfte des Landes werden ließ. Die eine Komponente der politischen Kräfte wollen wir kurz zusammenfassen:

1. Da ist die rechts-nationale militante Moslem-Partei, die Masjumi-Partei, die kulturell stark an den traditionellen Stätten des Islam orientiert ist und den Islam als beherrschede Ideologie des privaten und öffentlichen Lebens ansieht.
2. Die PNI, die National-Partei, interessiert an einer Restauration der indonesischen Kultur; in religiöser Hinsicht trug sie vor allem dem unter den Massen weit verbreiteten Animismus Rechnung. Die PNI barg allerdings unter ihren Fittichen so unterschiedliche Elemente wie Sukarno, Subardscho bis hin zu den Faschisten Suharto und Nasution. Diese beiden Gruppen sind gleichzeitig Sammelbecken der nationalen Bourgeoisie.
3. Das Militär, das gerade durch Nasution in ein reaktionäres Instrument verwandelt wurde. In der Hauptsache von Amerika ausgerüstet und teilweise ausgebildet; der unter Subardscho 1952 abgeschlossene "Beistands- und Sicherheitspakt" u.v.a. beweist das.
4. Die PKI, die Kommunistische Partei. Sie reorganisierte sich nach 1950 unter Aidit und Lukman. Sie wurde zu einer Massenpartei und betrieb eine regierungsfreundliche Politik, die an Selbstaufgabe grenzte. Unter dem Einfluß von Moskau (friedliche Koexistenz!) war sie unfähig, ein Alternativprogramm aufzustellen,und konnte sich keine konkrete Machtposition schaffen.
5. Der linke Flügel der PKI, unter Führung von Lukman, der sich aber erst ab 1961 allmählich herauskristalliesierte, an Peking orientiert war und ansatzweise eine sozialistische Alternativpolitik forderte.
6. Die drei Millionen Chinesen, die dem Mittelstand angehören. Von der Regierung oft diskriminiert, neigten sie zur PKI und unterstützten sie auch finanziell.

Die andere und wesentliche Komponente finden wir in der Sozial- und Ökonomiestruktur des Landes. Um es vorwegzunehmen, sie hat sich nach dem Putsch noch wesentlich verschlechtert. Indonesien gehört zu den rückständigsten Agrarländern der Welt. 80 % der Bevölkerung leben auf dem Land. 1950 gab es 94 % Analphabeten, inzwischen ist die Zahl durch den Bevölkerungszuwachs noch gestiegen. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist katastrophal, der Mangel an Medikamenten ebenfalls. 30 Millionen Menschen leiden an Malaria,und die Zahl derer, welche gegen diese Krankheit Vorbeugungsmaßnahmen benötigen, da sie in Malariagebieten leben, beträgt 35 Millionen. Von Frambösie (tropische Hautkrankheit) und Tuberkulose, einer typischen Begleiterscheinung chronischer Unterernährung (Mangel an Vitamin A und B) sind ein Dutzend Millionen befallen. Es gibt tausende von Fällen von Lepra und Pest. Die Zahl der Augenkrankheiten wird auf 20 bis 25 Millionen geschätzt. Auf hunderttausend Einwohner kommt ein Arzt. Aber diese Statistik ist irreführend, da sich die meisten Ärzte zur Vefügung der privilegierten Schichten in den großen Städten aufhalten. Daher ist in den meisten ländlichen Gebieten das Verhältnis etwa 200 000 zu 1. Auf eine Million Menschen kommt ein Zahnarzt. Zwar wurden auf dem Papier zahlreiche Programme und Pläne ausgearbeitet, aber die Sukarno-Clique hat die bescheidenen Millionenbeiträge, die dafür vorgesehen waren, in der Einsicht, daß sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein wären, lieber in Swimmingpools und Luxusautos investiert. 1958 stand Indonesien laut amtlichen amerikanischen Statistiken in bezug auf das durchschnittliche Volkseinkommen an 84. und somit an letzter Stelle. Dort ist es geblieben, obwohl es zu den reichsten Ländern der Welt gehört. Indonesien produziert unter

anderem: Kautschuk, Zinn, Erdöl, Erdgas, Tee, Kaffee, Kakao, Kopra, Palmöl, Palmkerne, Zucker, Pfeffer, Muskat, Naturfasern, Edelhölzer, Reis, süße Kartoffeln, Chinin, Mais, Bauxit, Kohle, Mangan, Eisenerze, Gold, Silber, Kupfer, Kobalt, Diamanten. Ich zitiere Erwin Schuhmacher: "Die wirtschaftliche Ausbeutung war (sic!) groß. Davon zeugen so eindeutige Tatsachen wie die, daß im Jahre 1957 die meisten holländischen Investitionen auf den symbolischen Buchungswert von 1 Gulden abgeschrieben waren und daß in den vergangenen Jahrzehnten einige in Indonesien tätige ausländische Plantagengesellschaften ihren Aktionären bis zu 1oo % Dividende zahlen konnten. Eine weitere Schuld des Kolonialsystems ist auch darin zu erblicken, daß die landwirtschaftliche Produktion einseitig nach den Handelsinteressen der Kolonialmacht ausgerichtet wurde und nicht nach denen der indonesischen Bevölkerung. Auf diese Weise ergab sich eine erzwungene Strukturveränderung der indonesischen Volkswirtschaft, die jetzt, nachdem das Land unabhängig geworden war, viele Schwierigkeiten hervorruft und nur schrittweise zu verändern ist." Das ist natürlich sehr milde ausgedrückt. Zur näheren Erläuterung einige Daten: 2o % der Nutzfläche auf dem dich besiedelten Java gehört ausländischen Plantagebesitzern; in dem dünn besiedelten Sumatra liegt der Prozentsatz wesentlich höher. D.g. der größte Teil der indonesischen Landbevölkerung ist existentiell abhängig von Landfetzen, die wir bestenfalls als Schrebergärten bezeichnen könnten. 1/3 der Bevölkerung besitzt kein Land. In diesen Verhältnissen liegt der bedeutsamste Klassenantagonismus Indonesiens. Laut Wertheim, Indonesien Society in Transition, haben z.B. auf West-Java 13 % aller Familienväter 82 % des Bodens in ihren Händen. Die wirtschaftliche Basis der kleinen Großgrundbesitzerklasse bilden die Produktionsverhältnisse einer veralteten feudalistischen Gesellschaft: hohe Pachtquoten, Landrenten und Wucherzinsen. Allein auf diese Weise verliert ein Arrendator im Durchschnitt 6o % seiner Erträge. Wenn wir wissen, daß die Großgrundbesitzer traditionell religiös sind, wird es einleuchtend, daß der natürliche Verbündete der Konterrevolution der Militärs die konservativen und rechtsradikalen islamischen Parteien waren. Indem der Klassenkampf auf eine religiöse Ebene verschoben wurde (die atheistischen Kommunisten!), konnten die wahren Ursachen verschleiert werden. Natürlich sind die selbständigen Kleinbauern auch keineswegs frei in der Wahl dessen, was sie anbauen wollen. Sie sind abhängig 1. von klimatisch-geographischen Bedingungen und 2. von den bereits bestehenden Kulturen. Wo z.B. Kautschukbäume stehen, kann der Bauer sie nicht einfach herausreißen, um lebensnotwendige Produkte anzupflanzen, da er schließlich mit dem Gummi die Pacht bezahlen muß. Mit der bescheidenen Ernte ist er dann weiterhin abhängig von dem Preisdiktat der Aufkäufer. Sinnigerweise liegt der Großhandel in den Händen des Staates oder von Ausländern.

Aufgrund der Zwangs- und Monokulturen muß Indonesien inzwischen Reis (Hauptnahrungsmittel) und Zucker einführen. Indonesien liefert 4o % der Welt-Kautschukproduktion - 2o % auf Großplantagen. Malaya ebensoviel. Anglo-amerikanische Trusts haben die Preise für Kautschuk monopolisiert. Wenn der Kautschukpreis nur um einen Cent an der New Yorker Börse sinkt, bedeutet das für den indonesischen Staat eine Mindereinnahme von 6o Millionen DM.

Ferner wurde schon 1949 von dem Botschafter der USA in Indonesien und der Regierung Hatta ein Geheimabkommen getroffen, wonach innerhalb von 5 Jahren eine Milliarde Dollar in der Erdölindustrie und den Kautschukplantagen investiert werden sollten. 7o % des Kapitals wurden von der Standard Oil, Shell, Goddyear Tire and Rubber und der United States Rubber aufgebracht.

Einen wichtigen Raum nimmt die indonesische Tee-Produktion ein. 98 % wird auf holländischen Großplantagen hergestellt, d.g. die Holländer haben das Monopol, genau wie in dem indonesischen Tabakanbau. Die Sumatra-Tabake sind weltberühmt. Verarbeitet und geraucht werden sie nicht in Indonesien, sondern in Holland, BRD, Schweiz und Dänemark.

Auch die Gewürze, vorwiegend Muskat, weißer und schwarzer Pfeffer sind von den Engländern und Holländern monopolisiert. Der Teakholzabbau jedoch aussschließlich von Holland, das hauptsächlich in die BRD exportiert.
Die Erdöl-, Zinn- und Mickelproduktion wird nach dem Putsch praktisch ausschließlich von amerikanischem Kapital kontrolliert. Die Texas-Oil und die Pacific Petrol sicherten sich Konzessionen auf Schürfung und Förderung in Gebieten von riesigen Ausmaßen auf den Riau-Inseln, Borneo, Westiran, Sumatra, Zentraljava etc. Diese Trusts brauchen keine Steuern zu zahlen und können alle Gewinne ausführen. Das Öl wird zu 75 % ausgeführt, so daß in Indonesien selbst, noch zu Sukarnos Zeiten, laufend Versorgungsschwierigkeiten auftraten. In der Zinnproduktion steht Indonesien nach Malaya an zweiter Stelle. Die United Steel hat die alleinigen Rechte für den Abbau. Untenstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Größe des in Indonesien operierenden ausländischen Kapitals (Aus "White Engeneering Corporation", 1952, USA)

Nation	Investitionen in US $	
Niederlande	1.47o	Mill.
USA	35o	"
England	262	"
Frankreich, Belgien	1o5	"
andere Länder	52	"
Summe	2.239	Mill.

Wir sehen, daß von einer nationalen Wirtschaft nicht die Rede sein konnte, zudem auch eine soziale Infra-Struktur nicht vorhanden war. Das beleuchtet schon die Tatsache, daß es bei der Unabhängigkeit 4oo Intellektuelle im Land gab. Die nationale Bourgeoisie stellt einen verschwindenden Prozentsatz dar und setzt sich in der Hauptsache aus Grundbesitzern, Kaufleuten und Aktionären zusammen. Aufgrund ihrer verschwindend kleinen Zahl und mangels Rückhalt im eigenen Volk dachte sie naturgemäß zuerst an ihre Sicherheit. Das führte zu enormen Ausgaben für Militär und Polizei. Das hört sich in dem schon erwähnten Buch Schumachers so an:
"Die Streitkrifte sind in den Jahren innerpolitischer Wirren und regierungspolitischer Schwankungen ein festgefügtes Fundament der Ordnung gewesen. Die unbestrittene Führung der Armee liegt in den Händen des bewährten Generalleutnants Nasution (wie sehr er sich bewährt hat, werden wir noch sehen), der auch das Amt des Verteidigungsministers und Ministers für innere Sicherheit übernahm. Die meisten Offiziere haben eine ausgezeichnete Ausbildung auf westlichen (sprich amerikanischen) Militärakademien erhalten."
Und ferner: "Die indonesische Polizei ist nach westlichem Vorbild organisiert und modern ausgestattet.- Die führenden Polizeibeamten hagen ebenfalls eine umfassende Ausbildung in westlichen Ländern, beispielsweise auf Polizeischulen in Italien und den USA erhalten. Die Kriminalpolizei ist seit einiger Zeit mit der Interpol organisatorisch verbunden."Das ist eindeutig; auch bei der Presse wurde dafür gesorgt, daß sie ihre Nachrichten aus den richtigen Kanälen bezog - zwischen der indonesischen PIA und der dpa, der englischen Reuter, der französischen AFP und der amerikanischen UPI bestehen Austauschverträge. Für die indonesischen Universitäten (7 mit 3o.ooo Studenten) bestehen feste vertragliche Bindungen mit der University of California, der University of Kentucky und der Joh-Hopkins-University. Die Aufgabe amerikanischer Universitäten läßt sich schlicht als Spionage bezeichnen. (Siehe Horlemann, "Modelle der kolonialen Konterrevolution")
Da also die nationale Kompradoren-Bourgeoisie nicht daran dachte, die sozial untragbaren Verhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu verän-

dern, mußten verschärfte Unterdrückungs- bzw. Vorbeugemaßnahmen die notwendige Folge sein. Nicht umsonst hat Nasution eine Anti-Guerilla-Ausbildung in den USA erhalten und schon 1955 dieses Problem ganz deutlich durch die CIA-Brille gesehen:"Das Studium des Guerillakrieges schließt man am besten mit einer Analyse der Anti-Guerilla-Strategie ab, welche den totalen Volkswiderstand beseitigt, ob dieser nun die Form aktiven Guerillakampfes und der Sabotage angenommen hat, oder mehr passiver Natur ist, beispielsweise als Untergrundbewegung, Propaganda und Spionage." (Horlemann) Befriedigungskampagnen und Beseitigung des totalen Volkswiderstandes kennen wir von Vietnam her. Die Militärs waren sich im klaren, daß das Volk, das der rücksichtslosesten Ausbeutung unterworfen war, sich nicht für immer bedingungslos seiner Führung unterwerfen wird. Als Sukarno 1958 aus antiimperialistischer Motivierung in einem an sich fortschrittlichen, politischen Akt die Enteignung der holländischen Firmen dekretierte, wurde diese progressive Handlung praktisch zunichte gemacht durch die Tatsache, daß Offiziers cliquen zum Führungsstab dieser neuen staatswirtschaftlichen Zweige ernannt wurden. Von d an verflochten sich in zunehmendem Maße militärische und ökonomische Interessen, und hohe Offiziere bildeten allmählich eine neue Schicht korrupter und parasitierender Bürokraten.
Nun zur Rolle der Kommunistischen Partei. Für ihre Entwicklung waren einige Gegebenheiten objektiv sehr günstig: der Hunger, die Krankheit und Unzufriedenheit breiter Volksschichten, die Unfähigkeit, Verschwendung und Korruption der Regierung, was selbst bürgerliche Beobachter die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und die Lage als hoffnunslos bezeichnen ließ.
Die PKI reorganisierte sich unter der Führung von Aidit und Lukman 195o/51 neu, und es gelang ihr innerhalb weniger Jahre, eine Massenparteil zu werden. Aber während sie an der Basis eine Breitenentwicklung durchlief, mit der, durch politische und praktische Schulung, die Tiefenentwicklung nicht Schritt hielt, gab es an der Parteispitze weder eine Breiten- noch Tiefenentwicklung, d.g. die Führung, ein kleiner Kreis Auserwählter, blieb statisch, ohne die Chance einer Regeneration. Zur Veranschulichung dieser Gesichtspunkte mag erwähnt werden, daß es in Indonesien so gut wie keine sozialistische Literatur gibt, Marx und Engels usw. bis heute nicht übersetzt sind. Zum Teil lag das sicher an der geographischen Isolierung Indonesiens und dem winzigen Prozentsatz Intellektueller. Der holländische Kolonialismus konnte in der Tat auf die Mitarbeit einheimischer Intellektueller verzichten, da der größte Teil der Bevölkerung auf Java lebt, einem relativ kleinen Gebiet, das militärisch und politisch leicht zu kontrollieren ist. Gerade dieser militärisch und politische Faktor wurde von der PKI niemals in Rechnung gestellt. Sie hat sich 1928, 1948 und nach 195o wieder fast ausschließlich auf Java organisiert, so daß es für den Gegner jedesmal ein Kinderspiel war, sie zu zerschlagen. Die PKI hat im Gegensatz zu ihren Bruderparteien in China, Vietnam, Malaya, es während der japanischen Besatzungszeit und dem nachfolgenden Befreiungskampf versäumt, sich feste Basen zu schaffen und in befreiten Gebieten sofort Reformprogramme durchzuführen. T.B. als erstes und wichtigstes eine Agrarreform. Weiter hat die PKI sich politisch und militärisch widerstandslos entmachten lassen. Politisch einmal durch die Tatsache, daß Sukarnos Vokabular zwar von Jahr zu Jahr militanter wurde, d.g. er verbale Angriffe gegen Korruption, Kapitalismus und das Monopol führte, dem aber keine Handlungen folgen ließ, der PKI aber das beruhigende Gefühl gab, die Regierung sei auf dem richtigen Wege. Zum anderen wurden Mitgleider der PKI sorgfältig von allen wichtigen Funktonen ferngehalten.
Die militärische Entmachtung wurde 1957/58 vollzogen. Und zwar hatte die PKI die Hälfte der rund 8oo ooo Veteranen aus dem Befreiungskampf in kommunistischen Verbänden organisiert. 1957 nun erzwang Nasution die Auflösung und Entwaffnung dieser Verbände und führte die Mitgliederschaft aller Veteranen in einer von der Armee kontrollierten Legion durch. Ob-

wohl die PKI sich über die Tragweite dieser Maßnahme im klaren sein mußte, wurde sie doch widerstandlos hingenommen; sicher auch unter dem verhängnisvollen Einfluß der Chrustchowschen "friedlichen Koexistenz-Thesen". Die ideologische Beziehung Aidits zu Moskau ist nachweisbar sehr stark gewesen. Die PKI hatte die Kollaboration zum Prinzip erhoben, um ihre Prinzipienlosigkeit zu verschleiern. Für eine marxistisch-leninistische Partei ist Kollaboration nur unter taktischen Gesichtspunkten zulässig.

Die PKI wurde, der Mitgliederzahl nach, von Jahr zu Jahr stärker, aber ihre Politik immer revisionistischer und loyaler, beschränkte sich auf Handlangerdienste, wie z.B. Selbsthilfeorganisationen auf dem Land aufzubauen, Hygienemaßnahmen zu ergreifen und Hebammen auszubilden, d.h. den Staat von seinen Aufgaben zu entlasten. Oder Sukarno und seine nationale Partei, die ständig starkem Druck von rechts ausgesetzt war, zu stützen. Zur Belohnung erhielt die PKI zwei Ministerposten ohne Geschäftsbereich. Und indem sie an der Regierung,wenn auch pro forma, teilnahm, begab sie sich jedoch von vornherein der Möglichkeit, eine Opposition mit einem klaren Alternativprogramm zu bilden, teilte aber natürlich die Kritik der Korruption. Die Opportunistische Anpassung der KPI an die Regierungspolitik wurde ihr, wie schon gesagt, wesentlich durch die offizielle Sukarnopolitik erleichtert.

Hören wir Sukarno 1960 vor der UNO: "Unser Nationalismus ist nicht der gleiche wie der der westlichen Staaten. Im Westen entwickelte sich der Nationalismus als eine aggressive Macht, der national-ökonomische Expansion und Vorteile suchte. Er war der Großvater des Imperialismus, dessen Vater Vater der Kapitalismus war. In Asien, Afrika und Lateinamerika ist der Nationalismus ein befreiendes Moment, ein Moment des Protestes gegen den Imperialismus und Kolonialismus und eine Antwort auf den chauvinistischen Nationalismus, der aus Europa kommt. Wir in Indonesien beziehen uns auf den sozialen Inhalt unseres Nationalismus als einer Triebkraft für Gerechtigkeit und Prosperität." Das hört sich gut an. 1961 stellte Sukarno besondere Einheiten zur Befreiung von Westiran (1/5 des indonesischen Gebietes) auf, das noch immer von den Holländern kontrolliert wurde (es gibt dort riesige Vorkommen an Erdöl, Erdgas, Nickel, Chrom, Kohle, Gold, Silber). Für Sukarno bedeutet dieses außenpolitische Engagement jedoch in erster Linie,das Volk von der innenpolitischen Unfähigkeit seiner Regierung abzulenken und sich die Mitarbeit der PKI zu erhalten.

In den Jahren 1954/55 wurden Handelsverträge mit der CSSR, Polen ud der DDR abgeschlossen. Verhandlungen mit Ägypten und anderen arabischen Ländern über direkte Tee-Lieferungen wurden aufgenommen, um das holländische Tee-Monopol zu brechen. Aber solche Ansätze waren von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn, wie Dorothy Woodman schreibt: "1954 sich die Regierung jeder substantiellen Verstaatlichung zu widersetzen schien, die hauptsächlich von der PKI gefordert wurde." - Es schien nicht nur, sie widersetzte sich in der Tat. Die Produktionsmittel blieben also weiterhin in ausländischer Hand.

Im gleichen Jahr bemühten sich Mexico, Chile, Argentinien um direkte Gummilieferungen aus Indonesien, um das New Yorker Monopol zu umgehen. Fast überflüssig zu sagen, daß das scheiterte. 1953 hat Indonesien die Volksrepublik China anerkannt. 1955 wurde zwischen Tchou-En-Lai und Sunario (dem damligen Außenminister) ein Abkommen getroffen, das die Bürgerrechte der drei Millionen Chinesen in Indonesien regelte. Auch w8rtschaftlich gestalteten sich die indonesisch-chinesischen Beziehungen zunehmend freundlicher, zumal 1958 China einen niedrig verzinslichen Kredit von 15 Millionen Pfund Indonesien gewährte. Obendrein erwies sich China bei den Auseinandersetzungen Indonesiens mit dem westlichen Imperialismus (betreffsWestiran und Malaysia) als der einzig zuverlässige Partner.

Aber auf dem Weg zum Nationalismus waren alle diese außenpolitischen Schritte unmußgebend. Maßgeblich allein war, daß Indonesien nach wie vor

an letzter Stelle mit dem Bevölkerungseinkommen stand, d.h. die Mehrheit des Volkes lebt in absolutem Elend. Da vollzog sich ab 1961 innerhalb der Kommunistischen Partei allmählich eine R dikalisierung. Exponent dieser neuen, Peking-orientierten Politik wurde Lukman. Mit dem Hunger wuchsen die Unruhen in der Bevölkerung. 1964/65 wurden gewaltige Streiks organisiert und nachhaltig die Nationalisierung der Produktionsmittel gefordert, sowie die Bewaffnung des Volkes. Wir sehen auch hier, wie eine Kommunistische Partei der Entwicklung in den breiten Volksmassen hinterherhinkte. Diesem Druck und dem von natinnaler Seite gab Sukarno Anfang 1965 nach. Belgische, holländische, englische und amerikanische Plantagen und Wirtschaftszweige wurden nationalisiert, die Volksbewaffnung jedoch unterblieb. Und hierin dürfen wir mit Recht eine der wesentlichsten Ursachen für den Staatscoup sehen. Die Intervention der USA, durch ihren langen Arm, die CIA, wird ebenfalls einsichtig. Jenen, denen diese Einsicht schwerfällt, dürfen wir den Suez-Fall und beispielsweise das Ultimatum der USA an Peru, hervorgerufen durch die Verstaatlichung amerikanischer Bergwerke, in Erinnerung rufen.
Trotzdem konnte von der Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung oder gar eines kommunistischen Putsches nicht die Rede sein. Hören wir dazu Donald Hindley,"The Communist Party of Indonesia", 1963: "Eine kommunistische Rebellion steht in absehbarer Zukunft außer Frage. Der Charakter des kommunistischen Rückhalts bei den Massen, der während der Politik der Nationalen Front gewonnen wurde, ist derart, daß wenige indonesische Kommunisten eine Insurrektion gegen die Autoritäten stützen würden." 1963 wurde dies geschrieben, 1965 ist es eingetreten, mit dem kleinen Unterschied, daß zur Dezimierung der Kommunisten nicht erst ihre Rebellion abgewartet wurde.
Zurück zur Verstaatlichung. Die einfache Wahrheit ist die, daß dieser erste entscheidende Schritt zum Nationalstaat hin für das gesamte imperialistische Kapital ein Klima schuf, das in der Fachsprache als "rauh und unfreundlich" bezeichnet w8rd. Infogedessen hat sich der Imperialismus, hier durch seinen gelehrigen Schüler Nasution, wieder einmal als Wettermacher betätigt.
Und zwar wurde für den 5. Oktober 1965, dem "Tag der Verteidigung", ein Staatscoup vorbereitet vom "Rat der Generäe", dem unter anderen Nasution und Suharto angehörten. Sehr spät, d.g. zu spät, erhielten nationale und progressive Kräfte innerhalb der Armee, Kenntnis von den subversiven Plänen und bildeten gegen den "Rat der Generäle" die sogenannte "3o, September-Bewegung", unter Führung von Oberstleutnant Untung, dem Befehlshaber der 3ooo Mann starken Leibgarde Sukarnos. Diese Bewegung versuchte überstürzt, da sie unter Zeitdruck stand, die etwa 6o reaktionären Generäle auszuschalten. In dem Pressekommunique, das von Untung am 3o. September herausgegeben wurde, heißt es: "Der 'Rat der Generäle' ist eine gesellschaftsfeindliche Bewegung, geführt von der CIA. In der letzten Zeit war sie äußerst rührig, besonders seit Präsident Sukarno schwer erkrankt ist... Um ihre Ziele zu erreichen, ordneten sie eine Demonstration der Stärke für den 'Tag der Verteidigung' an, am 5. Oktober, und führten Truppen aus dem östlichen, zentralen und westlichen Java zusammen. Im 'Rat der Generäle' gab es sogar einen Plan, zum obengenannten Zeitpunkt einen coup d'état durchzuführen..." Der Versuch der "3o. September-Bewegung" schlug fehl. Nur sechs Generäle konnten ausgeschaltet werden, jedoch keiner der führenden Köpfe. Der "Rat der Generäle" schlug sofort zurück. Er konnte es um so leichter, als Sukarno es in diesen entscheidenden Stunden vermieden hat, eindeutig Stellung zu nehmen, d.h. die progressiven Elemente in der Armee, besonders in der Luftwaffe, und diejenigen des Volkes zur Einheit zu rufen. Dadurch wurde er objektiv zum willenlosen Instrument der Reaktion. Übrigens genau wie die PKI, die es ängstlich vermied, in den ihrer Meinung nach Armee-internen Streit einzugreifen. Sie forderte öffentlich ihre Mitglieder auf, Ruhe und Ordnung zu wahren, zu einem Zeitpunkt, als ihr Todesurteil bereits unterschrieben war.

Am 1. Oktober 1955 also, nur sechs Monate nach der Nationalisierung, umstellten Truppen den Palast Sukarnos und besetzten alle strategisch wichtigen Punkte Djakartas. Automatisch setzte eine systematische Volksverhetzung durch Presse und Rundfunk ein. Sündenböcke für die wirtschaftliche und soziale Misere wurden die chinesische Minderheit und die Kommunisten. Manipuliert wurde mit religiösen und rassischen Vorurteilen. Außerdem wurden die Gefahren einer kommunistischen Machtergreifung mit den bekannten Farben ausgemalt. Und so konnte unter der Anleitung der Armee das oben von der New York Times geschilderte Massaker beginnen. Aidit, Lukman und andere Führer der PKI und der Gewerkschaften wurden bestialisch ermordet. Aber noch war Sukarno und sein Protege Dr. Subandrio, zweifellos seines Prestiges wegen, nicht gänzlich ausgeschaltet. Erst nach sechsmonatigem Tauziehen hinter den Kulissen traten die neuen Machthaber offen ans Licht. General Suharto wurde zum Präsidenten und Regierungschef ernannt und erhielt zur Bekämpfung der Kommunisten außerordentliche Vollmachten. Die kommunistische Partei mit allen ihren Unterorganisationen und die Gewerkschaften wurden verboten. Es wurde ein provisorischer "Oberster Beratender Volkskongress" gebildet, die Macht lag beim sogenannten "Revolutionsrat". Dieser hatte nichts eiligeres zu tun, als noch im selben Jahr, am 3o. Dez. 1966, den amerikanischen Gesellschaften und Trusts alle ihre Rechte zurückzugeben, die Gummiplantagen und Ölkonzessionen. In dem sogenannten Parlament wurde gleichzeitig ein Gesetz durchgepeitscht, das 3ojährige Konzessionen vorsah, ausländisches Kapital von der Steuer befreite und ihm das vollständige Recht, die Gewinne auszuführen, zubilligte. Es ist klar, daß dadurch die indonesischen Naturreichtümer und die indonesische Arbeitskraft der rücksichtslosesten Ausbeutung preisgegeben sind. Im selben Jahr wurden die diplomatischen Beziehungen zu Peking suspendiert. Daraufhin gab sich die faschistische Clique in Djakarta mit besonderem Eifer der Verfolgung und Ausrottung der chinesischen Minderheiten hin.
1967 wurden jene nationalen Militärs, die Widerstand geleistet hatten, u.a. Untung, hingerichtet. Gleichzeitig verschärfte sich die wirtschaftliche Lage. Tausende raffte der Hunger monatlich hinweg. Die Hungersnot ist allgemein. Die Reispreise erhöhten sich bis August 1967 um 44 %, bis September nochmals um 49 %. Am 1.9.1967 gibt die indonesische Regierung den Amerikanern die American Foreign Insurance Co. zurück und drei Gummiplantagen an Goodyear. Sie stimmte einer Volksabstimmung 1969 in Westrian zu, das Indonesien 1963 von Holland übergeben worden war. Im Mai 1968 werden britischen und belgischen Firmen Pflanzungen im Umfang von 5o ooo ha zurückgegeben. Außerdem wurden die ausländischen eingefrorenen Mittel in Staatsschuldverschreibungen umbewaldelt, die zusammen mit den aus Krediten stammenden Verpflichtungen die Auslandsschulden Indonesiens auf 2,4 Milliarden hochtrieb. Das Regime unterschrieb damit die völlige Abhängigkeit von seinen Gläubigernationen (UdSSR, USA, Japan, BRD, Frankreich, Jugoslavien, Holland u.a. - in der Reihenfolge ihrer Anteile). Diese Länder, mit Ausnahme der SU und Jugoslaviens, konstituierten den "Tokio-Club" - ein Gremium, das durch Mehrheitsbeschluß Indonesiens Regierung bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen vorschreiben kann.
Die Entwicklung nach dem Putsch läßt sich leicht an folgender Tabelle vom 3o. August 1968 (nach einem Antara-Bericht) ablesen:

Nation	Gesellschaften	Kapitalinvestitionen in 1 ooo US $
USA	12	114.59o
Canada	3	75.87o
Süd-Korea	1	48.5oo
Holland	12	19.43o
Japan	1o	17.2oo
BRD	5	5.65o
andere Nationen	41	6o.94o
	84	342.18o

Die bis jetzt geringen Investitionen der BRD werden durch die ständig steigende Bedeutung Indonesiens als Absatzmarkt kompensiert. Die BRD ist mit einer Jahresausführ von 8o,5 Millionen US $ (1967) nach Japan Indonesiens wichtigster Lieferant. Dies alles zeigt, wie günstig das Klima für das Wachstum und Gedeihen des Kapitalismus nach 1965 geworden ist. Andererseits hat der Ausverkauf der nationalen Reichtümer, sowie die drückende Schuldenlast, verheerende Folgen für die indonesische Volkswirtschaft. Um dem Hunger einigermaßen Herr zu werden, mußte die Regierung 1968 6oo ooo to Reis zu 12o Millionen US $ einführen. Zur Aufrechterhaltung des Terrors müssen jährlich ungeheure Summen an die Armee abgeführt werden. Solche Maßnahmen können natürlich nicht die Stabilisierung der Wirtschaft einleiten.
Zudem sah sich die Regierung schon ein Jahr nach der Konterrevolution in zunehmendem Maße mit sogenannten Verschörungen konfrontiert. D.h. die Guerillatätigkeit hat in Zentraljana, Bornea, Celebes, Nordsumatra und Westiran eingesetzt. Als Antwort wurden auf Nordsumatra nach vietnamesischem Vorbild tausende Bauern in KZs umgesiedelt. Trotz dieser Einschüchterungen kam es zu schweren bewaffneten Zusammenstößen. Das bedeutet, daß sich die PKI, trotz des vernichtenden Schlages durch die Konterrevolution, erstaunlich schnell erholt hat. Das ist sicher auf die realistische Einschätzung der Lage, wie sie in der Seltkritik der PKI vom November 1966 (s. Anhang) zum Ausdruck kommt, zurückzuführen. Seither hat die PKI im Untergrund konsequent mit der Schulung revolutionärer Kader begonnen und den Aufruf erlassen, "das Bannder des bewaffneten Volkskrieges hochzuhlaten und unter den Bauern revolutionäre Basen zu festigen".
Eine interessante Frage ist jetzt noch, wie sich die UdSSR zu dem neuen Regime in Djakarta stellt. Am 29. März 1966 hat Breschnew im Rapport des Zentralkomitees zum 23. Parteikongreß in Moskau erklärt: "Unsere gesamte Partei und unsere gesamte Nation verurteilt den antikommunistischen Terror in Indonesien. Wir fordern, daß das kriminelle Schlachten von Kommunisten und heroischen Verteidigern der nationalen Unabhängigkeit Indonesiens und der Interessen des arbeitenden Volkes sofort aufhört." Im selben Monat März sagte der neue indonesische Außenminister Malik: "Alle Zweifel am Wunsch seiner Regierung,eine enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu etablieren, müßten beseitigt werden." - Außerdem drückte Malik "tiefe Dankbarkeit für die Stütze und Assistenz, die die Sojetunion geleistet hat" aus. Er hatte Grund: denn die UdSSR hatte ihre Waffenlieferungen seit 1965 nicht unterbrochen. Am 9. Dez. 1966 übergab der sowjetische Ambassadeut Sytenko eine Elektrische Kraftanalge für den U-Boot-Hafen Surabaya der indonesischen Marine. Sytenko lobte die indonesische Militärjunta für ihre "antiimperialistische und antikoloniale Politik". Muljoho Herlambang, der frühere Luftwaffenchef, hat enthüllt, daß zwischen dem Suharto-Regime und Sowjetrußland ein Abkommen existiert, wonach sich Rußland verpflichtet hat, die Luftwaffe mit sehr fortschrittlicher Ausrüstung zu versorgen, und indonesisches Flug- und Bodenpersonal mit der Handhabung dieses Materials vertraut zu machen.
Am 3. Januar 1967 lieferten die Sowjets eine Ladung Reserveteile an die indonesische Kriegsmacht. Waffen, die einerseits ihre Anwendung bei der Treibjagd auf Kommunisten und andererseits gegen die Guerillastreitkräfte der Arbeiter und Bauern finden. Am 18. Januer 1967 besuchte eine sowjetische Gewerkschaftsdelegation Djakarta, um Ansichten über gemeinsame Interessen auszutauschen. Das geschah, als die wirklichen Gewerkschaftsführer ermordet oder gefangengesetzt waren und die Organisation verboten war.
Im September 1966 wurde Anwar Dharma, ehemaliger Korrespondent des Parteiorgans der indonesischen kommunistischen Partei, Harian Rakjat, wegen antisowjetischer Tätigkeit kruzfristig ausgewiesen. Diese Tätigkeit bestand darin, daß er den Moskau-Besuch Maliks kritisiert hatte und das Aufrechterhalten der russischen Beziehungen mit der Faschistenclique. Dharma sagt, daß die Solidarität, der Breschnew Ausdruck verlieh, ledig-

lich für außenpolitischen Gebrauch abgesehen war. Er fährt wörtlich fort: "Ich habe mit meinen Ohren gehört, wie bei Reden vor den Massen, in Wohnungen, wenn von der indonesischen Situation die Rede ist, es niemals unterlassen wird, verlogene Anklagen gegen indonesische Kommunisten und die PKI zu richten und sie als Peking Anhängsel bezeichnet wird." Über den fortfahrenden Widerstand wird in der Presse nichts berichtet, aber Nasution gar als "antiimperialistischer Nationalist" hingestellt. - Soweit Dharma.

am 19. März 1967 wurde Sukarno in der "Komsomols-Kaja Pravda" angegriffen und die Außenpolitik Suhartos in vorsichtigen Worten gutgeheißen. Wörtlich schreibt sie: "Es ist zu früh, die Politik der neuen indonesischen Regierung zu beurteilen, aber wenn die jetzigen Führer dafür sorgen, daß das Land nicht unter imperialistischen Einfluß gerät, verdient Indonesien einen führenden Platz in der modernen Welt." Das wurde geschrieben, als Suharto und Nasution eine Million Menschenleben auf dem Gewissen hatten und eine Politik betrieben, die dem amerikanischen Imperialismus auf den Leib geschneidert war. Wie bei uns im Fall Dutschke mit Recht gesagt wurde, daß "Bild" geschossen hat, so trifft es für Indonesien zu, daß die USA es waren, die geschossen haben. Laut Fischer-Almanach 1968,"Amnesty International", befinden sich 75.ooo bis 15o.ooo Personen aus politischen Gründen in Haft.

Die Konsequenzen aus der indonesischen Katastrophe, die sich uns allen aufdrängen, sind eindeutig: es gibt keinen langen Weg durch die Institutionen! Er wird bestenfalls in einer Sackgasse enden. Der Weg zum Sozialismus kann nicht über die bestehende Legalität führen. Das kann nur behaupten, wer voraussetzt, daß es eine objektive Legalität gibt. Diese Voraussetzung ist nicht nur eine Verschleierung, sie ist falsch. Jede bestehende Legalität ist die Legalität der Herrschenden.

Zweitens: Mit Paul M. Sweezy müssen wir fragen, ob die "Ansicht, wonach die unterentwickelten Länder im großen "Wettstreit" aufgefordert sind, entweder der kapitalistischen oder der kommunistischen Linie zu folgen, einen realen Kern enthält. Besteht irgendeine Aussicht, daß die entwickelten kapitalistischen Länder es fertigbringen, ein gemeinsames Programm auszuarbeiten, das sie mit Erfolg auf die unterentwickelten Länder anwenden können? Ich für meinen Teil halte das für Wunschträume, in welchem ideologischen Gewande sie auch einherkommen mögen: als Liberalismus aus Washington oder als friedliche Koexistenz aus Moskau. Tatsache ist, daß die unterentwickelten Länder zum Tode verurteilt sind, wenn sie im kapitalistischen System gefangen bleiben."

Einar Schlereth

Literaturhinweise

Jürgen Horlemann: Modelle der kolonialen Konterrevolution, Ffm. 1968
Donald Hindley: The Communist Party of Indonesia 1951-63, University of California Press, Berkeley 1966
Bernhard Vlekke: Nusantara, A History of Indonesia, Den Haag 1959
Dorothy Woodmann: Republic of Indonesia, London 1955
Achmed Sukarno: To Build the World Anew, Department of Information 196o
" " The People's Command for the Liberation of West-Irian, Department of Information, Djakarta 1961
Ronald Segal: Die Krise Indiens, Ffm. 1968
Erwin Schumacher: Indonesien heute, Nest-Verlag 1956
W.F. Wertheim: Indonesian Society in Transition, The Hague-Bandung 1956
Paul M.Sweezy: Die Zukunft des Kapitalismus, Kursbuch 16/69
" " The Catastrophe in Indonesia, Merit Publishers USA 1966
Tarzie Vittachi: The Fall of Sukarno, A Mayflower-Dell Paperback 1967
Große Sowjet-Enzyklopädie 26: Indonesien, VEB Bibliogrph. Institut, Leipzig 1955

Zeitschriften: Viet-Nam Bulletin Nr.5, Dez.67; Nr. 4, Okt.67, Stockholm. - Peking Rundschau Nr. 34, 27. Aug. 1968. - Clarté Nr. 2, 3, 4, 5, 1967; Nr. 5, 6, 1968, Stockholm

Indonesien - ein Inselreich mit Zukunft ...

Seit Anfang Oktober 1965 herrscht in Indonesien eine brutale faschistische Militärdiktatur, die von den westlichen Regierungen voll unterstützt wird.

Die Bundesrepublik ist mit einer Jahresausfuhr von 8o,5 Mio. US-Dollars (1967) nach Japan Indonesiens wichtigster Lieferant. Besuche von Politikern (Gerstenmaier im Mai 1968) und Industrierepräsentanten (der Vorsitzende des deutschen Industrieinstitutes im Jahr 1968: "...Indonesien bietet für neue Investitionen Sondervergünstigungen, Befreiung von Steuern, USW....") sollen das Interesse der deutschen Industrie zu neuen Investitionen reizen.

Durch solche neokolonialistischen Wirtschaftsbeziehungen mit Indonesien soll die Rolle der BRD in Verbindung mit den USA und Japan neue imperialistische Bedeutung gewinnen.

Die Machtübernahme des indonesischen Faschismus war begleitet von grauenhaften Massenmorden an mehr als einer halben Million Menschen. "Das größte Massaker seit Auschwitz" - wie die "Zeit" es nannte, - in dem laut "Economist" vom 13,August 1966 eine Million Menschen umgebracht worden sind, steht am Anfang der "Neuen Ordnung".

Im Übrigen verschwieg die westliche Presse weitgehend Hintergründe und wesentliche Ereignisse, spielte herunter, was in die Weltöffentlichkeit gelangte oder war des Lobes voll: "Die beste Nachricht für den Westen seit Jahren in Asien", so das amerikanische Nachrichtenmagazin "TIME" vom 15.7.66.

Weder sentimentale Greuelberichte der bürgerlichen Presse, noch eine systematische Zusammenfassung des bedeutendsten Erfolges der internationalen Reaktion dieses Jahrhunderts vermochten zur Diskussion über die katastrophalen Folgen der indonesischen Konterrevolution anzuregen.

Die Folgen dieser Militärdiktatur sind deutlich zu beobachten. Hier wollen wir einen kleinen Teil von Tatsachen schildern:

In Indonesien sind die Schulgelder sehr hoch, die Lehrergehälter sehr niedrig; Privatschulen Geschäfte wie Gemüseläden: 7 Millionen Volks- und Mittelschüler blieben im letzten Jahr ohne Schule, in Djakarta allein stieg die Zahl der Kinder, die im Schulalter sind, aber keine Schule besuchen können, auf 37o ooo." (Oissara-Bulletin, Feb.-März 69). Krankheiten haben in Indonesien freie Hand; Martin Sandberg, Leiter der UNICEF in Indonesien ist zu der Schlußfolgerung gekommen, daß mindestens die Hälfte von 6o Millionen indonesischen Kindern an ernsthaften Krankheiten leiden. DrH.Kusnadi, Chef der "Indonesia Tuberculosis Association" sagte, daß 4%, d.h. 5 Millionen an TBC leiden.

Indonesien ist ein Musterbeispiel für ein unterentwickelt gehaltenes Land, es wird durch die grausamste Militärdiktatur unserer Zeit beherrscht.

Indonesische Studenten in der BRD stehen unter äußerstem Druck und ständiger Bespitzelung durch den indonesischen Geheimdienst und die indonesische Botschaft und sind nicht in der lagge, sich offen gegen die Diktatur zu engagieren. Die deutschen Ausländerbehörden machen sich durch Passivität oder aktive Dienste zu Handlangern des indonesischen Regimes.

Während der "WOCHE DER NATIONEN", deren Veranstalter peinlich darauf achten, die politischen Probleme der beteiligten Länder auszuklammern, werden wir alle Kommilitonen u.a. über die wirkliche Lage in Indonesien informieren. Ausführliche Schilderungen und Analysen werden wir in einer Zeitung veröffentlichen.

Projektgruppe Internationalismus (PGI) Projektgruppe Internationalismus

INDONESIEN ist ein Inselreich mit Zukunft!

Im Zusammenhang mit der einseitigen Information über unser Land berichten wir hiermit folgende Tatsachen:

Am 30. September hatte die Indonesische KP und ein Teil der Armee einen Putschversuch unternommen, wobei 6 bedeutende Generäle und ein Unteroffizier brutal ermordet wurden.

Der Mord an diesen Soldaten, die zu Helden der Revolution ernannt worden sind, wurde vom damaligen Staatspräsidenten und vom Volk verurteilt(in einer offiziellen Erklärung des damaligen Präsidenten am 6. 10.1965 zum Putsch vom 30. September 1965).

In der verwirrten Situation waren viele Menschen den Zusammenstößen zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Gruppen zum Opfer gefallen.

General Suharto, damals Kommandant der Strategischen Armeereserve, spielte eine führende Rolle bei der Niederwerfung des Putschversuches.

Am 11. März 1966 erhielt er von Präsident Sukarno den Auftrag, die nötigen Schritte für die Sicherung des Staates zu unternehmen.

Im Frühjahr 1968 wurde er vom Volkskongress in sein heutiges Amt gewählt.

Die neue Regierung versucht vor allem, zuerst die Wirtschaftskrise zu überwinden und eine Wirtschaftstabilität zu erzielen.

Trotz aller komplizierten Probleme gelingt es der neuen Regierung, eine Verbesserung der allgemeinen Situation zu erreichen: Die Preise der Konsumgüter konnten in der letzten Zeit stabil gehalten werden; durchschnittlicher Index der Konsumgüterpreise war Ende 1968 um 13% niedriger gegenüber Anfang1968; die Inflation von 650% p.a.(1966) auf 85% p.a.(1 68) und in den letzten Monaten bis auf 2% monatlich abgesunken; was alles dem Volk zugute kommt.

Das Sozialeinkommen ist zwar noch nicht befriedigend, steigt jedoch stetig an.

Da wir eine Nation sind, die mit den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beschäftigt ist, bemüht sich die Regierung, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu jedem Land zu festigen, falls solche für unser nationales Interesse und die Wohlfahrt des Volkes von Nutzen sind.

Es ist ein äußerst bedauerliches Mißverständnis, wenn behauptet wird, daß wir ständig unter dem Druck der Indonesischen Botschaft stehen.

Darmstadt, den 19. Mai 1969

DIE INDONESISCHEN STUDENTEN IN DARMSTADT
UND
DIE VEREINIGUNG INDONESISCHER STUDENTEN
ZU DARMSTADT

PGI - PROJEKTGRUPPE INTERNATIONALISMUS - PGI

Über den ISK und seine Funktion als Disziplinierungsinstrument des Akademischen Auslandsamtes (AAA) gegen de ausländischen Studenten.

Es gibt an der TH ungefähr 200 ISK-Mitglieder (100 ausländische und 100 deutsche Studenten). Der ISK ist eine lockere, unverbindliche und unpolitische Vereinigung all derer, die Kontakt und Kommunikation unter-einander suchen und finden. Ihr Znetrum ist der ISK-Keller. Daneben existiert als innerer Kreis der ISK-Vorstand und ein Dunstkreis privilegierter Eingeweihter, die sich mit dem Vorstand identifizieren. Dieser Kreis ist politisch aktiv, gerade weil und in dem er politische (sprich kritische und oppositionelle) Tätigkeit unterdrückt.
Nur dieser innere Kreis artikuliert sich, definiert die Spielregeln, und maßt sich an, den ISK zu vertreten. Wir setzen ihn im folgenden in Anführungsstriche.- : "ISK".ch: Doppelpunkt
Als der"ISK"erfuhr, daß die PGI die erzwungen unpolitische Woche der Nationen politisieren wird, kolportierte er unter den teilnehmenden Studentenvereinen, die PGI wolle die Pavillons kaputtschlagen. Der "ISK" hat Grund zu solchen Mitteln zu greifen. Denn er muß fürchten, daß die teilnehmenden Studentenvereine das Verbot als gegen sie gerichtetes Instrument erkennen würden. Folgerichtig sucht er einen Keil zwische-n die progressiven ausländischen Studenten und die PGI zu treiben. Unter dem Druck und der Initiative ausländischer und deutscher Studenten scheiterte der "ISK" und mußte das Verbot politischer Betätigung formal streichen.
Unsere Aktionen werden sich nicht gegen die teilnehmenden Studentenverbände richten, sondern gegen das Geschäft, für das der "ISK" diese mißbraucht. Wir werden dafür sorgen, daß die ausländischen Studenten sich frei und auch gegen das Diktat des"ISK" artikulieren können.
Zur Sache:

a) Der "ISK" verstößt gegen seine eigene Satzung, die er sich 1958 gab.
b) Der"ISK" ist undemokratisch, nicht kontrollierbar, autoritär, Instrument fremder Interessen.
c) Der "ISK" ist nicht autonom und arbeitet objektiv gegen die Interessen der sich gegen die Repressionen ausländischer und deutscher Behörden emanzipierenden ausländischen Studenten.

Zu a): Nachweislich verstößt der ISK gegen § 1, Abs. 2; § 1, Abs. 3, § 6, Abs. 1; § 7, Abs. 3; § 8, Abs. 1

Zu b): Nicht die Vollversammlung, sondern der ausgemauschelte"ISK"-Vorstand bestimmt ohne Möglichkeit der Kontrolle durch die Mitglieder Tätigkeit und Image des"ISK"
§ 5, Abs. 2: Die Ämter werden untereinander verschachert.
§ 8, Vorstandssitzungen sind nicht öffentlich. Der Kontrollausschuß hat keine Stimme.
§ 8, Abs. 5: Der Kontrollausschuß ist lahmgelegt, der er Entschlüsse nur einstimmig fassen kann.

Die Mitglieder können weder Vollversammlung noch Mitgliederversammlungen einberufen.

Fazit: Die "ISK"-Mitglieder sind freiwillig oder unfreiwillig Manipulationsobjekte und Werkzeuge des "ISK"-Vorstands.

Bei differenzierter Betrachtung stellt sich heraus, daß der "ISK" Instrument des AAA ist. So blockte z.B. AAA Oberhirte Schlechta eine Initiative zur politischen Organisation der Interessenwahrnehmung ausländischer Studenten mit der Begründung ab, sie sei zu politisch.

Zusammenfassend ist festzustellen:

1. Der "ISK" ist nicht die Summe böswilliger Vorstandsmitglieder, sondern das Produkt von außen aufgezwungener Existenzbedingungen.
2. Der "ISK" ist nach außen ein Kneipierverein, der seine materiellen Vorteile wie jeder anderer Kneipenbesitzer sucht.
3. Gefährlich ist der "ISK", weil er das Image einer Interessenvertretung ausländischer Studenten hat, diesen jedoch nur 150 qm Spielwiese bietet und im übrigen gerade durch diesen beschränkten Raum die Initiative zur aktiven Interessenvertretung totschlägt. Wenn ausländische Studentenvereine ihr legitimes Interesse vertreten, so kann es geschehen, daß er sich verhält wie der Besitzer vom Smugglers inn und mit Nachdruck verlangte, politische Diskussion "Gewalt" nennt. So geschehen,als Griechen mit Mitgliedern des RC einen unpolitischen Griechenabend besuchten, um ihn politisch zu machen.
4. Der "ISK" ist als fremd bestimmte Institution zu bekämpfen.
5. Seine Hintermänner, daß AAA, vertreten durch Schlechta, sind zu bekämpfen. Schlechta muß weg!
6. Der "ISK" ist zu einem Instrument der ausländischen Studenten zu machen.
   Wir fordern:
   a) Offenlegung und Einsicht in die Finanzen des ISK
   b) Veröffentlichung der Protokolle der Vorstandssitzungen, der Vollversammlungen und der Berichte des Kontrollausschusses
   c) Öffentlichkeit der Vorstandssitzungen, verbunden mit einer Einladung unter Angabe der Tagesordnung
   d) Eine Vollversammlung des"ISK" in der Woche nach der Woche der Nationen.

Projektgruppe Internationalismus - Projektgruppe Internationalismus -

Darmstadt, den 19.5. 69

WARUM WIR AN DER WOCHE DER NATIONEN NICHT TEILNEHMEN

Der ISK behauptet, er vertrete die ausländischen Studenten an der THD. Speziell behauptet er, seine Woche der Nationen sei eine Veranstaltung, in der ausländische Studentenvereine sich selbst darstellen könnten.

Dagegen einige Fakten:

1. Ein unkontrollierter ISK-Vorstand setzt die Spielregeln fest, nicht die teilnehmenden Studentenvereine
2. Der ISK-Vorstand verbot den Studentenvereinen politische Betätigung (er mußte unter Druck ausländischer und deutscher Kommilitonen dieses Verbot formal zurückziehen).

Unter den rd. 200 ISK-Mitgliedern sind ungefähr 100 ausländische Studenten. An der THD sind rd. 700 ausländische Studenten immatrikuliert. Die ausländischen Studenten unter den ISK'Mitgliedern repräsentieren nicht die ausländischen Studenten der THD!
Unsere Erfahrungen mit dem ISK:

Wir hatten den Versuch gemacht, gegen den unkontrollierten ISK-Vorstand unsere kritische Mitarbeit zu stellen und im ISK mitzubestimmen.
Ergebnis:

1. Vor der Wahl des neuen Vorstandes suchte der ISK-Vorstand gegen Angebot zweier Posten unsere Stimmen für ausgemauschelte Kandidaten zu gewinnen. Es ginge um Geld, wurde betont (siehe § 1, Abs. 9 der ISK-Satzung). Ein Perser wurde in den Kontrollausschuß gewählt. Als er finanzielle Machenschaften feststellte und publik machen wollte, wurde er mit Billigung (oder auf Tip) des ISK-Vorstands vom Sachbearbeiter im Akademischen Auslandsamt, [illegible] bedroht, bei Veröffentlichung exmatrikuliert zu werden.
2. Der ISK-Keller macht pro Monat rd. 4.000,-- bis 5.000,-- DM Gewinn. Wo bleiben die 4.000,-- bis 5.000,-- DM? Da Kontrolle des ISK-Vorstands nicht möglich ist und einige ISK-Vorstandsmitglieder plötzlich finanziell erstaunlich gut stehen, liegt nur ein Schluß nahe.
3. Der ISK-Vorstand tagt unter Ausschluß der Öffentlichkeit.
4. Dem ISK-Vorstand sind all diese Fakten bekannt. Er unterschlägt sie dennoch.

Die Verhältnisse in unserer Heimat sind bekannt. Sie sind gekennzeichnet durch Unterdrückung aller oppositionellen Kräfte und vom Terror der von ausländischen Monopolinteressen ausgehaltenen Diktatur gegen die sich im Widerstand organisierenden Iranischen Arbeiter und Studenten. Wir wissen von Terrorurteilen, Erschießungen und Massakern gegen Iranische Patrioten.
Wir können nicht mit Tanz und Folklore an einer ISK-Veranstaltung teilnehmen, die sich zünisch "Woche der Nationen" nennt. Wir haben nicht vor, den manipulierenden ISK-Vorstand mit Geld zu unterstützen. Wir wissen, daß die Mehrzahl der ausländischen Studenten mit uns einig ist.

IRANISCHER STUDENTENVEREIN

Warum nehmen die Araber an "Woche der Nationen" teil ?

Gegenüber I.S.K. waren wir von vornherein der Meinung, daß die Woche der Nationen nur eine politische Manifestation sein kann.

Eine Demonstration der Studenten der Dritten Welt gegen den Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung unserer Völker.

Das arabische Volk steht im Kampf gegen den Imperialismus und die heimischen Unterdrücker Klassen an vorderester Front.

Es kämpft gemeinsam gegen den Großmachtchauvenismus Israels, dessen herrschende Schichten die Werkzeuge des amerikanischen Monopolkapitals darstellen. Wir sind dabei solidarisch mit den Befreiungsbewegungen in aller Welt.

Wir sehen in dem Versuch, die Woche d. Nationen, durch Folklore und Kleinbürgerlichen Tanzveranstaltungen, einen Versuch, die sozialökonomischen Verhältnisse in den Ländern der Dritten Welt zu verschleiern. Wir haben uns entschieden dagegen gewandt.

Wenn wir an der "Woche d. Nationen" teilnehmen, so deshalb, weil wir die Gelegenheit wahrnehmen müssen, auch in diesem Rahmen über unsere politische Lage und über unseren Freiheitskämpfer zu berichten.

KOMMEN SIE ZU UNS UND INFORMIEREN SIE SICH !

WIR HABEN DIE "WOCHE DER NATIONEN" POLITISCH GEMACHT !

VEREIN ARABISCHER STUDENTEN

PROJEKT GRUPPE INTERNATIONALISMUS

PGI PGI PGI

22.5.66

HEUTE - HEUTE - HEUTE

Die Ankündigung der PGI - "Die"Woche der Nationen" als Instrument der Verschleierung und zur Disziplinierung der ausländischen Studenten in der Hand des ISK fand vor einem Jahr zum letzten Male statt -" ist in die Tat umgesetzt worden.

Der ISK mußte sein knebelndes Verbot politischer Betätigung zurücknehmen. 2 Pavillions, der des Türkischen und des Arabischen Studentenvereins, stehen im Zeichen von Sozialkritik und haben Ansätze konsequenter Systemopposition. Die Umgestaltung des griechischen Standes ist ein Erfolg der progressiven Kräfte über den ISK. Die in der Mensa von der PGI initiierten Diskussionen, die Information und Agitation erlaubt es den oppositionellen und kritischen Studenten in den Studentenvereinen sich immer deutlicher zu artikulieren. In Zusammenarbeit mit der PGI wird die Emanzipation ausländischer Studenten von den repressiven Auflagen und der Unterdrückung, denen sie durch das deutsche Ausländergesetz unterworfen sind, vorangetrieben.

Die bisher demonstrierte relatvie Geschlossenheit der ausländischen Studentenvereine ging auf Kosten der progressiven Kräfte, die bisdahin den "Ruhe und Ordnungs"-Aposteln des ISK und dem Disziplinierungsdruck des Akademischen Auslandsamtes unterworfen waren.

Wir solidarisieren uns mit den Befreiungsbewegungen in der vom US- und westeuropäischen Imperialismus unterentwickelt gehaltenen Dritten Welt!

S

UNSER BEITRAG ZUM TAG DER NATIONEN

HEUTE

TEACH-IN

18 30
Mensa

INDONESIEN - MODELL NEOKOLONIALISTISCHER AUSBEUTUNG

bitte wenden!

Besonders an die deutschen Kommilitonen:

DIESES TEACH-IN IST TEIL DES AKTIVEN STREIKS

Die Ausländergesetze sind das Ordnungsrecht für ausländische Kommilitonen (Auslese bei Aufnahme, ständige Kontrolle, befristete Aufenthaltserlaubnis, Verbot kritischer, oppositioneller Tätigkeit,...) Das Akademische Auslandsamt ist Disziplinarbehörde für die ausländischen Studenten.

Kommilitonen, unser Kampf gegen das Ordnungsrecht muß auch Kampf gegen das Ordnungsrecht für ausländische Studenten sein, muß Kampf gegen den Knebel des Ausländergesetz sein.

AUSLÄNDERGESETZ = ORDNUNGSRECHT für ausl. Studenten

UNSER GEMEINSAMER FEIND IST DAS MONOPOLKAPITAL = IMPERIALISMUS

DIESELBEN, DIE GESTERN DAS AUSL. GESETZ MACHTEN, MACHEN HEUTE HUG u. ORDNUNGSRECHT

AKT. STREIK HEISST:
SOLIDARITÄT MIT DEN AUSL. STUDENTEN
SOLIDARITÄT MIT DEM ANTIIMPERIALIST. KAMPF IN DER DRITTEN WELT

Vom ISK fordern wir, von Eintrittsgeldern abzulassen!

Wenn das Akademische Auslandsamt die Saalmiete bezahlt, hat der ISK kein Recht an uns zu verdienen.

PGI PGI PGI PGI

HEUTE, 18^{30} in der MENSA
TEACH-IN

PGI PGI PGI

afh
ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR HOCHSCHULFRAGEN
DARMSTADT POSTF. ASTA

Darmstadt, 23.5.69

TERROR BEIM FOLKLORE ABEND

Am gestrigen Abend ließ der SDS seine Schau ablaufen.

Es begann wie üblich. Wenn man bei eigenen Veranstaltungen keine Leute anziehen kann, so nutzt man fremde Veranstaltungen aus. Wenn es heißt "Wir wollen diskutieren" darf kein anderer Folklore genießen.

Herr Vogel und Goll ließen als Spitzentrupp ihre Endlos-Diskussion ablaufen. Dreissig bis vierzig möchte-gern Revoluzzer zogen sich an ihrem eigenen Eifer hoch und stimmten überein, daß sie kostenlos in den Folklore Abend eindrigen wollen.

Mit dem Mensakartenstand als Rammbock sollte der Saal der Otto-Berndt-Halle erreicht werden. Am einsatzfreudigsten zeigten sich-wie bezeugt- die Happening-Feteschisten Siebert und Vogel. Sie drückten auf der Ostterasse die Scheiben von zwei Fenstertüren ein und verschafften sich gewaltsam Zutritt zu dem Saal.

Woher die Polizisten kamen, weiß niemand. Entscheidend ist nur, daß Magnifizens Guther sie auf ihre Wache verwies.

Einsam stand der (Zigarren rauchende) Guther in der wogenden Revoluzzer-Menge und genoß den Folklore Abend. D a s w a r S T I M M U N G.

Die Situation ist eindeutig. Jedem ist klar, daß die politische Situation in anderen Ländern nicht durch einen Folklore Abend einer Gruppe von Studenten aus diesem Land ausgedrückt wird. Hier sind aber zwei Dinge miteinander vermischt worden. Die Situation in anderen Ländern kann jederzeit überall erörtert werden. Die Freiheit dieser Erörterung hört aber da auf, wo die Freiheit der z.B. Folklore Hörer beginnt.

Ihr Harald Irmer

LIEBE GÄSTE !

Nach den Vorfällen am Tag der Nationen besteht die Befürchtung, daß am Ball der Nationen Störaktionen unternommen werden.
Wir haben deshalb Kontakt mit dem Rektor der THD, Prof. Guther, aufgenommen, um seine Stellungnahme zu hören.

Seine Vorschläge wurden von den beteiligten nationalen Vereinen einstimmig angenommen.
Er ist grundsätzlich gegen den Einsatz von Macht oder Gewalt, um einen Ball im Sinne der Vereine verlaufen zu lassen. Diskussionen, die sich in einem Rahmen halten, der zur Klärung von Problemen führt, sind durchaus zu unterstützen. Deshalb wird der Projectgruppe Internationalismus (PGI) der Vorschlag gemacht, eine Rednergruppe von 12 Personen zu stellen, die von uns freie Karten bekommt und die in der Otto-Berndt-Halle - außer auf der Tanzfläche - Diskussionsgruppen bildet, die über ein ungefähr fünf minutiges Referat und evtl. Gegendarstellung diskutiert. Dieses Forum soll sich ungefähr stundlich in den Tanzpausen zusammenfinden.

Der Rektor übernimmt nach Annahme seiner Vorschläge kraft seines Amtes und seiner Persönlichkeit den Schutz der Veranstaltung.

Wir empfehlen unseren Gästen, sich nicht zu Ausschreitungen provozieren zu lassen oder zu einer Provokation hinreißen zu lassen und wünschen Ihnen einen interessanten und wertvollen Abend.

DER VORSTAND DES ISK

PGI PGI

Der Mechanismus der Eskalation am "Tag der Nationen" ist folgendermaßen darzustellen:

1) Vertreter des ISK hatten der Projektgruppe Internationalismus zugesichert, daß sie während der Darbietungen zum Tag der Nationen die politischen Probleme der beteiligten Länder zur Sprache bringen kann. Die PGI hatte das für bare Münze gehalten, sich auf die Stellungnahmen vorbereitet und sich mit Vertretern einzelner Vereine ausländischer Kommilitonen geeinigt, in welcher Form dies geschehen sollte. Wir hatten uns gewaltig getäuscht. Der ISK verhinderte von vorneherein, daß die Projektgruppe, sowie deutsche und ausländische Kommilitonen, die an den politischen Aussagen interessiert waren, in die Halle gelangten. Schläger bewachten den Eingang, einer hatte zeitweise ein Messer in der Hand.

2) Während im Mensa-Foyer ISK-Vorstandsmitglieder den Kompromißvorschlag unterbreiteten, a) die Türen würden geöffnet und b) im Saal habe die Projektgruppe nach jeder Folkloredarbietung Gelegenheit, sich zu artikulieren, wurde durch Nebentüren der Saal gefüllt. Die PGI und die politisch engagierten Kommilitonen standen, nachdem sie auf den Vorschlag eingegangen waren vor verschlossenen Türen. Zum zweiten Mal waren wir hinters Licht geführt.

3) Konsequenterweise splitterte Glas (Verhältnismäßigkeit der Mittel, Gegengewalt) und als alle drin waren, machte der ISK die Zusage, daß nun, nach den Tänzen der Lateinamerikaner 1o Minuten zur Diskussion zur Verfügung stünden. Das sah dann so aus, daß der PGI-Sprecher nach 3 Sätzen das Mikrofon entrissen bekam, der ISK-Vorstand die restliche Zeit dazu benutzte, das Publikum gegen die PGI zu mobilisieren und prügelbereite ISK-Leute das Mikrofon abschirmten.

4) Im Saal kam es ständig zu Auseinandersetzungen und Unruhen, wenn z.B. ISK-Leute hochgehaltene Plakate zerrissen oder bei Diskussionen den Kopf verloren.

5) Nach der Darbierung der türkischen Kommilitonen (die verabredungsgemäß von der PGI nicht unterbrochen wurde, soweit dies angesichts der Gesamtunruhe überhaupt möglich war), sollten Griechen auftreten. Sie verzichteten darauf. Bei einer Vorbesprechung, an der Vertreter der beteiligten Nationen und ISK-Mitglieder teilnahmen, hatten Griechen nichts eingewandt, daß ein deutscher PGI-Vertreter vor dem Auftritt der griechischen Gruppe zu den Verhältnissen in Griechenland Stellung nimmt. Dies Verhinderte der ISK wiederum unter Bruch seiner Zusagen, indem er die Türken weiterspielen ließ und die Bühne durch einige Dutzend Leute bewachen ließ.

6) Schließlich versuchte der ISK die politisch interessierten Kommilitonen durch das Versprechen hinzuhalten, nach der Veranstaltung sei eine Diskussion möglich. Diejenigen, die auch daran noch glaubten, standen anschließend vor abgeschaltetem Mikrofon.

FAZIT: die Diskussion, die wir in jeder Phase forderten, fand nicht statt, wir wurden durch leere Zusagen an der Nase herumgeführt, während gewalttätige Reaktionäre von Anfang an jede politische Äußerung unterdrückten. Wir haben lernt, daß Reaktionäre Verhandlungen dazu benutzen, zu täuschen und ihre wahren Absichten zu verschleiern.
Gegengewalt ist legitim !!!

Es ist nicht möglich, die Gründe für unsere Teilnahme an der Woche der Nationen und die Entwicklung die zum vorläufigen Höhepunkt am Tag der Nationen führte, in einem Flugblatt angemessen ausführlich darzustellen und zu dokumentieren. Wir werden dies in einem paper und über ein Teach-in tun und freuen uns, daß es gelang, eine seit Jahren überfällige Diskussion über Machenschaften und Funktionen der Institution "ISK" zu initiieren.

Kurz dieses: Der ISK ist eine Institution, die von den Spenden der deutschen Industrie und vom Geld deutscher Behörden (Außenministerium etc) am Leben erhalten wird. Nicht zufällig wird auf der anderen Seite politisch aktiven ausländischen Studentenvereinen dieses Geld verweigert. Nicht zufällig wird einzelnen Fachschaften, die innherhalb des VDS Ausländskontakte haben, Streichung der Gelder angedroht.

Es sind dieselben Interessen, Geldgeber und Gesetzemacher, die gestern das Ausländergesetz (Verbot oppositioneller Tätigkeit, Auflagen, Disziplinierung ...) machten und die heute auch für die deutschen Studenten das HUG und das Ordnungsrecht einführen.

Der ISK "verdient" sich sein Geld, indem er den ausländischen Studenten 150 qm ISK-Keller konsumfläche bietet, aber politische Betätigung untersagt. Weil er herrschende Zustände (Ausländergesetz, Diskriminierung von Ausländern etc.) stabilisiert, indem er sie nicht bekämpft und fremdbestimmte Spielregeln (z.B. Woche der Nationen) mit dem Geld der an Ruhe und Ordnung interessierten Herrschenden einhält. Weil er an der Herrschaft teilhat und die ausländischen Studenten an die fremden Interessen verschachert, in dem er sie mundtot und sprachlos macht.

Gesternabend wurde nicht nur der PGI (die in der Mehrzahl aus ausländischen Studenten besteht) mit physischer Gewalt das Rederecht genommen, auch liberale ISK-Vorstandsmitglieder wurden von der bestimmenden ISK-Clique gehindert, zu reden. Die ISK-Clique hat sich in einer Weise produziert, die zur Polarisierung zwischen Progressiven und Liberalen einerseits und Militantreaktionären andererseits in den eigenen Reihen führen wird.

Das AfH-Flugblatt zeichnet sich durch Ignoranz aus. Die AfH sieht eine Gelegenheit, ihre eigene Konzeptionslosigkeit durch ihr eigene falsche Behauptungen gegen Einzelne und schlechte Polemik gegen den SDS zu übertuschen. Wichtig ist, daß die AfH von der PGI keine Ahnung hat und sich deutlich auf die Seite der ISK-Clique geschlagen hat. Sie gehört dahin! Die AFH hat sich selbst entlarvt, sie warf ihr liberales Mäntelchen ab. Danke!

Iranischer Studentenverein - Verein Arabischer Studenten - Griechischer Studentenverein - PGI -

STUDENTENWERK DARMSTADT
Öffentl. rechtl. Anstalt
Der Geschäftsführer

Darmstadt, 23.5.1969 Rei/Ga
Alexanderstraße 22 · Ruf: 162210

Az.: Ic-381

An den
S D S
im Hause

Sehr geehrte Herren,

Ihre Unterbringungen gegen die Veranstaltung des ISK in der Otto Berndt-Halle am 22.5.1969 haben zu schweren Unruhen und Sachbeschädigungen in unserem Hause geführt. Es ist nicht verantwortbar Ihre Organisation in unserem Hause weiter unterzubringen, da offenbar von ihr eine latente Gefährdung unseres Betriebes ausgeht.

Ich fordere Sie deshalb auf bis zum 27.5.1969, 11.oo Uhr die Ihnen überlassene Glasbox in unserem Sockelgeschoß zu räumen und die Ihnen überlassenen Schlüssel unseres Hauses an uns zurückzugeben.

Hochachtungsvoll

(Reißer)

KAMPF DEM NATO- UND CIA- FASCHISMUS IN GRIECHENLAND !

Die heutigen politischen Verhältnisse in Griechenland erlauben es nur einer kleinen und auf alles gefaßten Gruppe unter den griechischen Kommilitonen, ihre Meinung frei zu äußern.

In Versammlungen des griechischen Studentenvereins und selbst in Privatgesprächen stehen die griechischen Studenten untet der Angst der Bespitzelung. Es ist seit längerem bekannt, daß das Königlich-Griechische Konsulat in Frankfurt Unsummen zur Verfügung stellt, um außer der Koordinierung des griechischen Geheimdienstes unter den griechischen Studenten und Arbeitern Spitzel anzuwerben und zu bezahlen.

Beträge in der Höhe zwischen 5ooo und 8ooo DM pro Spitzel und Jahr werden genannt.

Ein Ergebnis des Terrors war z.B. die Annullierung von über 15o Pässen griechischer Demokraten im Umkreis von Frankfurt, deren Gesinnung dem Konsulat bekannt wurde. Ständig werden in der BRD studierende und arbeitende Griechen, die einen Urlaub zuhause verbringen, durch Denunziation hiesiger Spitzel in Griechenland zurückgehalten.

In den letzten Tagen dauert in Griechenland eine neue Verhaftungswelle gegen Intellektuelle und Studenten an. In Saloniki findet z.Zt. ein Prozeß gegen 39 Widerstandskämpfer, davon 16 Studenten statt. In Lamia gibt es gleichzeitig einen Prozeß gegen 6, in Athen gegen 12 Widerstandskämpfer, die alle mit langjährigen Freiheitsstrafen zu rechnen haben, weil sie für Demokratie in Griechenland eingetreten sind.

Am Sonntagnachmittag wurden in Athen auf offener Straße 4 Studenten und eine Studentin von dem Leiter der "Studentischen Abteilung" der Sicherheitspolizei Karapanajotis niedergeschlagen und in die berüchtigte Folterkammer der Sicherheitspolizei in der Bouboulinastraße geschleppt.

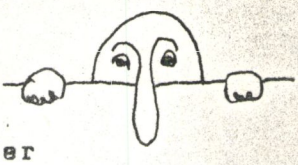
WEIL EINE FREIE MEINUNGSÄUßERUNG AUF DEUTSCHEM BODEN FÜR DIE GRIECHISCHEN KOMMILITONEN NICHT GEWÄHRLEISTET IST UND GLEICHZEITIG IHRE ÜBERWÄLTIGENDE MEHRHEIT DIE MILITÄRDIKTATUR ABLEHNT, SEHEN WIR UNS VERPFLICHTET, DURCH UNSERE AKTION AM GRIECHISCHEN PAVILLION WÄHRENDDER WOCHE DER NATIONEN DIE VON DEN GRIECHISCHEN KOMMILITONEN AUS ANGST UNTERLASSENE DARSTELLUNG DER POLITISCHEN VERHÄLTNISSE IN GRIECHENLAND ZU ÜBERNEHMEN !!

Gegen Denunzianten und Geheimdienste, die teilweise mit deutschen Ausländerbehörden offen oder versteckt zusammenarbeiten hilft nur die Solidarität aller ausländischen und deutschen Kommilitonen !

ENTLARVT UND BRECHT DEN GEHEIMEN TERROR UNTER DEN AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN UND ARBEITERN IN DER BRD !!!

Projektgruppe Internationalismus PGI PGI PGI PGI PGI

BIG BROTHER IS WATCHING YOU



Heute um 11,00 Uhr soll der SDS nach Auffassung von Herrn Reißer seine Glasbox in der Mensa räumen.

Herr Reißer ist der Meinung, daß vom SDS eine "latente Gefährdung" des Mensabetriebes ausgeht. In der Tat: Die Betriebssamkeit des Herrn Reißer, vor allem wenn es ihm als CDU-Mitglied darum geht, mit formal unpolitischen Begründungen (Ordnung, Sauberkeit) die politische Betätigung der Studenten zu reglementieren, ist außerordentlich gefährdet. Es ist an der Zeit, Rießers Machenschaften und darüber hinaus die von ihm beherrschte undurchsichtige Bürokratie des Studentenwerks an Tageslicht zu ziehen und unter die Lupe zu nehmen.
Historisch ist festzustellen, daß das Studentenwerk seine Entstehung in den Nachkriegsjahren 1919 bis 1921 hatte, als die Studenten gezwungen waren, in Selbsthilfe ihre wirtschaftlichen Belange zu lösen. Die studentische Wirtschaftshilfe wurde ausschließlich von ehrenamtlichen Studenten getragen und von Studenten kontrolliert.
Heute hat sich ein verselbständigter Apparat herausgebildet, in dessen Maschinerie Studenten als Kunden und Bittsteller geduldet sind.
Die politische Aktivität der Studenten wird von Herrn Reißer schon lange sorgfältig beobachtet. Mit großer Behutsamkeit - er weiß was er sich leisten kann oder nicht - versucht er Agitation zu beschränken, damit der"Betrieb aufrecht erhalten bleibt," in Wirklichkeit, weil er, wie alle Reaktionäre politische Friedhofsruhe vorzieht.

Reißers Gehalt beläuft sich auf 3.500,-- bis 4.000,-- DM.

Er hat in der Mensa mehrere Fernsehkameras installieren lassen, um seine Augen überall haben zu können.

Er kontrolliert Köche und Studenten, letztere wiederum mit Vorliebe bei ihrer politischen Tätigkeit. Bei der "Woche der Nationen" war die schwenkbare Kamera im Mensafoyer immer auf Brennpunkte des Geschehens gerichtet. Herr Reißer wird sagen, er brauche die Teleeinsichten, um den"Betrieb" aufrechtzuerhalten.

Während der "Woche der Nationen" hat er natürlich sofort Partei ergriffen; er hat den ISK dabei unterstützt, die Projektgruppe Internationalismus hinters Licht zu führen, sie am sprechen gehindert und in die Defensive gedrängt.
Er stehtauf der Seite der Geschäftsmacher und Verschleierer politischer Probleme, durch administrative Schritte geht er ohne Rücksicht auf Kompetenz gegen die kritische Opposition vor.

Daß er es sicher ablehnen wird, bei uns politischen Nachhilfeunterricht zu nehmen, werden ihm die Kriterien fehlen, den Zeitpunkt des Verlustes seines Postens selbst vorauszusehen. Andere müssen es ihm sagen. Wir meinen, es kann nicht mehr lange dauern. Reißer hat ausgespielt.

SETZT DEN GROSSEN BRUDER VOR DIE TÜR!

DIE MENSA DEN STUDENTEN!

DAS STUDENTENWERK MUSS VON DEN STUDENTEN KONTROLLIERT WERDEN, NICHT UMGEKEHRT!

Herrn Reißer und allen reaktionären Bürokraten:

> "Der Stein, den Sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße"
> So kennzeichnet ein chinesisches Sprichwort das Verhalten gewisser Toren. Die Reaktionäre aller Länder sind solche Toren.

Wer demnächst einen Raum in der Mensa zu verlassen hat, kann nicht allein Big Brother Reißer entscheiden.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

NIEDERLAGE FÜR ISK - ERFOLG FÜR AUSLÄNDISCHE STUDENTEN

Angesichts der Lage des persischen Volkes und angesichts der Verhältnisse in den unterentwickelt gehaltenen Ländern übt der iranische Studentenverein schon seit Jahren Kritik am ISK, der im Sinne von Institutionen arbeitet, die Unterdrückung, Verschleierung und Ablenkung betreiben.

Der organisierte Kampf gegen diese Institutionen und gegen den ISK hat schon vor Jahren begonnen und verschiedene Phasen durchlaufen. Der erste Erfolg war im letzten Jahr während der "Woche der Nationen" zu verzeichnen, als es uns gelang die angeblich unpolitischen Veranstaltungen des ISK als politisch im Dienste der neokolonialistischen Unterdrückung zu entlarven. Wir haben nämlich im vergangenen Jahr unseren Pavillion mit Bildern und Dokumenten über die sozialökonomischen Verhältnisse in unserem Lande im Zusammenhang mit der Rolle der Bundesrepublik und anderer westlicher Mächte ausgestaltet. Wir wurden von vielen Seiten unter Druck gesetzt und behindert. Diese Aktion war ein Anlaß, vielen deutschen und ausländischen Kommilitonen die reaktionäre Rolle des ISK und anderer Institutionen klar zu machen und für den weiteren Kampf gegen diese Institutionen zu mobilisieren. Unser Kampf trat so in eine neue Phase ein.

Viele erkannten, daß es sich nicht um ein Geplänkel mit dem ISK handelte, sondern um die Auseinandersetzung mit dahinterstehenden Instanzen (Ausländerbehörden, reaktionäre Botschaften, Auswärtiges Amt, imperialistische Konzerne).

Diese sahen die Gefahr, die im bewußten Zusammenschluß ausländischer und deutscher Kommilitonen für sie begründet ist. Die Schärfe der Auseinandersetzungen während der diesjährigen "Woche der Nationen" hat darin ihren tieferen Grund.

Die äußerlich neutrale Rolle des Studentenwerks z.B. wird durch seine engen Beziehungen zum Auslandsamt und zum ISK, sowie vor allem durch das Flugblatt von Herrn Reißer widerlegt.

Es ist kein Zufall, daß das Studentenwerk in diesem Flugblatt versucht, alles auf den SDS zu schieben, um taktische Erfolge zu erzielen. Dabei wird völlig unterschlagen, daß die Aktionen während der "Woche der Nationen" durch ausländische Kommilitonen getragen wurden. Es ist kein Zufall, daß Herr Reißer seine Ziele durch bürgerliche Parolen (Steuerzahler, Ordnung, Sauberkeit) verschleiern will. Sein Hauptziel hat er in seinem Flugblatt genannt: Profit an Veranstaltungen ohne Rücksicht auf ihre Qualität und politische Bedeutung. Durch seine Parteinahmen gegen den SDS und seinen Versuch, den beteiligten ausländischen Studenten den SDS-Stempel aufzuzwingen, hat er sein wahres Gesicht gezeigt.

Wahrend der diesjährigen "Woche der Nationen" haben sich die Zusammenhänge zwischen den obengenannten reaktionären Institutionen noch deutlicher herausgestellt. Die ausländischen Studenten müssen sich mit den deutschen Kommilitonen, die die Probleme der unterentwickelt gehaltenen Länder erkannt haben, zusammenschließen und gemeinsam zur Wehr setzen.

Der ISK liegt im Sterben. Unsere Aufgabe ist es jetzt, an seine Stelle eine unabhängige und wirksame Organisation zu setzen, die die Interessen der ausländischen Studenten konsequent vertritt.

Wir lassen uns nicht einschüchtern !!

Pirusi as an masst !

IRANISCHER STUDENTENVEREIN IN DARMSTADT

STELLUNGNAHME ZU DEN VORGÄNGEN AM 22.5.1969 =
DEM TAG DER NATIONEN, IN DER OTTO-BERNDT-HALLE

1. Wir sind der Auffassung:

- Daß Probleme bestehen, die die Ausländer in der BRD direkt oder indirekt interessieren und eine Diskussion über die zu betreffenden Maßnahmen erfordern,
- Daß den Ausländern nicht durch Skandale und Terrorakte geholfen werden kann, zumal, weil sie auch gegen die Ausländer gerichtet waren.

2. Wir bezweifeln:

- Daß es das Ziel des RC und der PGI ist, den Ausländern zu helfen, sondern ihnen vielmehr daran liegt, durch guerillamäßig organisierte Terrorakte ihre primitive Lust am Zerstören zu befriedigen!

3. Wir sind bereit:

- Über die bestehenden Probleme mit jedermann vernünftig zu diskutieren, auch mit RC und PGI, solange sie Redner statt Schläger und Provokateure stellen.

4. Wir lehnen ab:

- Daß unqualifizierte Kräfte, Mitglieder des RC und PGI, versuchen, die Ergebnisse unserer Bemühungen zunichte zu machen, die zur Erreichung der auch von RC erkannten Ziele mehr beitragen als Krawalle,
- Daß von RC und PGI Methoden angewendet werden, die in den Urwald gehören,

- Daß diese Methoden vom ASta gebilligt werden,
- Daß Leute mit beschränktem Denkvermögen und beschränkter Bildung versuchen, uns zu bevormunden!

5. Das Teach-In über Indonesien am Donnerstagabend in der Mensavorhalle wurde in die Streikzeitung aufgenommen, ohne daß ein Zusammenhang zwischen der Woche der Nationen und dem Hessischen Universitätsgesetz (HUG) besteht.
   Das Vorstandkollektiv des ASta wie auch der Streikrat haben sich geweigert, diesen angeblichen Zusammenhang zu widerrufen. Darüberhinaus wurde das Vorstandskollektiv des ASta von uns vor dem möglichen Folgen des Vorgehens der PGI (die PGI wird vom ASta unterstützt) am Donnerstagabend gewarnt. Es wurde nichts unternommen!

Da mit dieser Studentenvertretung nach unserer Ansicht keine Zusammenarbeit möglich ist, da sie sogar gegen die Interessen eines großen Teils der ausländischen Studenten arbeitet, FORDERN DIE UNTERZEICHNETEN VEREINE DEN RÜCKTRITT DES VORSTANDSKOLLEKTIVS DES ASTA!!!

CLUB IBERO AMERICANO
INDONESISCHER STUDENTENVEREIN
NORWEGISCHER AKADEMISCHER VEREIN DARMSTADT (NAVD)
PAKISTANISCHER STUDENTENVEREIN
TÜRKISCHER STUDENTENVEREIN

Nach dem bisherigen Verlauf der "Woche der Nationen" hat die Projektgruppe Internationalismus zum "Ball der Nationen" folgendes beschlossen:

1) Alle politisch engagierten und dem ISK kritisch gegenüberstehenden Interessenten sollen die Gelegenheit erhalten, während der Veranstaltung im Saal und am Mikrofon frei ihre Meinung zu äußern.

2) Sie sollen keinen Eintritt bezahlen, solange der ISK seine Finanzmachenschaften nicht offenlegt und nicht eindeutig dokumentiert, daß der Profit den ausländischen Kommilitonen zugutekommt. Diese Forderung muß deshalb erhoben werden, weil der ISK-Vorstand erklärt hat, er werde den Profit zur Tilgung seiner Schulden aus dem Kellerbetrieb verwenden.

3) Reglementierungen der freien Diskussion durch den ISK-Vorstand, insbesondere bezüglich der Redezeit können nicht hingenommen werden, da der Vorstand u.a. am Tag der Nationen bewiesen hat, daß er Übereinkünfte nicht einhält.

4) Abstimmungen über den Ablauf des Abends können erst bindend sein, wenn alle beteiligten ihre Argumente gründlich dargelegt haben und eine Diskussion darüber stattgefunden hat.

Die Projektgruppe Internationalismus ist der Meinung, daß für alle Beteiligten der "Ball der Nationen" in erster Linie dazu geeignet ist, die während der "Woche der Nationen" sichtbar gewordenen Probleme zu klären.

Profitbringende Tanzveranstaltungen können angesichts der politischen Verhältnisse in den Heimatländern der meisten ausländischen Kommilitonen nur makaber erscheinen. unter dem Motto "Ball der Nationen",
Eine Tanzveranstaltung, bei der dieser Aspekt nicht zur Geltung kommt, ist repressiv, verschleiert die Probleme gegenüber den Beteiligten und dient somit den Interessen der Herrschenden, die für die sozialen und politischen Mißstände in den Ländern der dritten Welt verantwortlich sind.

Wir sind davon überzeugt, daß auch die Vertreter einiger ausländischer Studentenvereine, die z.Zt. noch meinen, die nur für den ISK profitbringende Veranstaltung im Sinne des ISK unterstützen zu müssen, ihre wirklichen Interessen erkennen und in der Diskussion zu einer Übereinstimmung gelangen.

Die PGI stellt sich militant allen offen oder versteckt auftretenden Lakaien des Kulturimperialismus entgegen.

Projektgruppe Internationalismus Projektgruppe Internationalismus

---

DER BALL DER NATIONEN FINDET NICHT STATT !

Da der ISK-Vorstand bis zum Schluß seine Profitinteressen über die berechtigten Forderungen nach freier Diskussion gestellt hat, war abzusehen, daß diese Diskussion nur gegen den Widerstand des ISK möglich war.

Die PGI war darauf vorbereitet, sich gegen eine Behinderung und Unterdrückung der politischen Aussprache zur Wehr zu setzen. Es lagen Informationen vor, daß sich um den ISK erneut ein Saalschutz - ähnlich wie am "Tag der Nationen" - zum "Ball der Nationen" formierte.

Die PGI ist erfreut, daß durch die Entscheidung des Direktoriums der THD die zu erwartenden gewaltsamen Auseinandersetzungen vermieden wurden. Die PGI lädt alle Gäste, die den Ball der Nationen besuchen wollten, hiermit zu einem Teach-in ein, dessen Ort Sie an den Hochschuleingängen erfahren können.

- - - - - - - - - -

bitte wenden ...

STUDENTENWERK DARMSTADT
Öffentl. rechtl. Anstalt
Der Geschäftsführer

Darmstadt, 27.5.1969
Alexanderstraße 22 · Ruf: 162210

An die
Studenten der THD

Das Studentenwerk wahrte in der Verwaltung der Otto Berndt-Halle strikte hochschul- und gruppenpolitische Neutralität. Alle studentischen Gruppen hielten sich an die bestehende Ordnung im Hause, respektierten sich gegenseitig und konnten daher ungehindert ihre politische Meinung äußern, ihre geselligen oder kulturellen Veranstaltungen ungestört abwickeln.

Seit Donnerstag, dem 22. Mai 1969 haben sich die Verhältnisse der Benutzung des Hauses des Studentenwerks in der TH geändert.

Hiesige, bekannte SDS-Leute, verstärkt durch uns Unbekannte, störten eine Folklore-Veranstaltung des Internationalen Studentenkreises (ISK) schwer. Obwohl die SDS-Leute im Gedränge dem ISK-Kassierer einen Packen Eintrittskarten entwendeten, konnten sie in der Masse, weil an Kleidung und Haartracht gut erkennbar, am Zutritt zur Halle gehindert werden. Sie griffen deshalb zu Gewaltmaßnahmen und drangen durch 5 eingeschlagene Glastüren der östlichen Empore in die Halle ein. Ein offenbar von einem in der Otto Berndt-Halle anwesenden zivilen Polizeibeamten veranlaßter Polizeieinsatz richtete sich gegen Leute auf der Ostterrasse. Die im Saale befindlicher Leute bemerkten nichts davon.

Der Rektor kam zu diesem Zeitpunkt in die Otto Berndt-Halle und schickte die Polizisten weg. Eine Abstimmung unter den Gästen ergab eine überwältigende Mehrheit für die Fortführung des Programmes, was trotz Stinkbombe und akustischen Störungen geschah.

In welchem Zustand die Otto Berndt-Halle hernach war, mußten die Mensabenutzer am Freitag, dem 23.5.1969 zur Kenntnis nehmen, da das Studentenwerk bis zum Beginn der Essenausgabe die Halle und das Foyer nicht in Ordnung bringen konnte.

Der Schaden an gebrochenem Glas und die Kosten für die Beseitigung außergewöhnlicher Verunreinigungen beträgt schätzungsweise DM 1.500,--.

Infolge dieser Ereignisse trat vor dem "Ball der Nationen" eine außergewöhnliche Spannung zwischen den an der Woche der Nationen beteiligten ausländischen Studenten und den linksradikalen Studenten, vertreten durch den SDS, auf. Während des ganzen Freitags wurden Schlichtungsverhandlungen geführt. Am Abend um 22.00 Uhr benachrichtigte mich der Rektor, daß ein Kompromiß gefunden sei: Die SDS-Leute können kostenlos den "Ball der Nationen" besuchen und dort während bestimmter Zeiten ihre Argumente vortragen.

STUDENTENWERK DARMSTADT
Öffentl. rechtl. Anstalt
Der Geschäftsführer

Darmstadt, 27. Mai 1969
Alexanderstraße 22 · Ruf: 162210

Am Samstag, (24.5.69) ca. 18.oo Uhr - 2 Stunden vor Beginn - teilte mir der Rektor mit, der SDS (bzw. die vom SDS als "Projekt-Gruppe Internationalismus" bezeichnete Untergruppe) sei mit dem Kompromiß nicht mehr einverstanden, Polizeieinsatz käme nicht infrage, die ausländischen Studenten ließen erkennen, daß sie ihre Veranstaltung selbst schützen wollen und somit müsse mit Gewalttätigkeiten gerechnet werden. Deshalb habe das Direktorium beschlossen, die Hochschultore zu schließen so, daß der Ball nicht stattfinden könne.

Der "Ball der Nationen" fand nicht statt. Der ISK meldet gegenüber dem Studentenwerk Darmstadt wegen Nichterfüllung des Vertrages vom 27. März 1969 vorsorglich Schadenersatzansprüche von ca. DM 5.600,- an. Dieser Betrag kann sich erheblich erhöhen, wenn es dem ISK nicht gelingt, eingekaufte Waren zum Einstandspreis wieder zu verkaufen.

Das Studentenwerk Darmstadt wird durch Verlängerung der Regresskette bemüht sein, den entstandenen Schaden auszugleichen. Wenn dies Erfolg hat, trägt der Steuerzahler den Schaden, andernfalls trägt ihn die Gesamtheit der Darmstädter Studenten. Zunächst werden Sie nicht viel davon merken, weil er zu Lasten des Vermögens des Studentenwerks Darmstadt geht.

Wie wird es aber weitergehen? Werden die Erträge der Wirtschaftsunternehmen des Studentenwerks Darmstadt zukünftig zur Deckung der Kosten von Sachbeschädigungen durch linksradikale Sturmtrupps verwendet? Kann es das Studentenwerk noch riskieren die Otto Berndt-Halle zu vermieten um dort Gewinne zu erwirtschaften unter der latenten Drohung, daß der SDS "politisch" mit einer Veranstaltung oder ihren Veranstaltern oder ihren Gästen nicht einverstanden ist und sie "platzen" läßt? Werden die Umtriebe des SDS das Input-Output-Ergebnis des Studentenwerks Darmstadt, das es in die Spitzengruppe der deutschen Studentenwerke einreiht, auf den miesen Durchschnitt zurückwerfen? Wird der nun offen zu Tage tretende Terror die betriebliche Leistungserstellung zum Schaden von Tausenden von Studenten gefährden?

Ich appeliere an Sie diese Fragen zu bedenken und Organe und Personal des Studentenwerks darin zu unterstützen, die Ordnung im Hause zu sichern, den Leistungsstand des Studentenwerks zu verbessern und die dringlichsten sozialen Verbesserungen für die Darmstädter Studenten durchzusetzen.

Ich fühle mich zu diesem, Ihnen wohl ungewöhnlich erscheinenden Appell ermutigt, nicht nur durch zahlreiche Aufforderungen aus dem Kreise der Darmstädter Studenten in den letzten Tagen, sondern auch durch die jüngste Erfahrung im Bereich des Wohnheimbaues, wo sozialpolitischer Verstand und sozialpolitisches Engagement der Wohnheimstudenten sozialpolitischen Erfolg schuf, weit über die unmittelbare Interessenlage hinausgehend.

Wenn Sie nun erleben werden, daß ich persönlich verdächtigt, beschimpft und beleidigt werde - machen Sie sich nichts daraus! Wichtig ist nur, daß der Betrieb Ihnen weiter uneingeschränkt und präzise zur Verfügung steht.

Z W I S C H E N B I L A N Z

Zur "Woche der Nationen" erschienen von der PGI 3 Papers und 7 Flugblätter - insgesamt 4o Seiten. Vom Neokolonialismus der BRD in Angola, Imperialismus in Indonesien, über das deutsche Ausländergesetz bis hin zur Rolle des ISK dokumentierten wir, analysierten und stellten Forderungen.

Über das Selbstverständnis und die Motivationen der mit der PGI arbeitenden Kommilitonen ist genug gesagt und geschrieben worden. Es ist nötig, Zwischenbilanz zu ziehen und die Ergebnisse - besonders die Reaktionen der Gegenseite zu untersuchen.

Wir waren nie so naiv, allseitige Zustimmung für unsere Aktivitäten zu erwarten. Im Gegenteil, wir sahen uns vor der Aufgabe, objektive Widersprüche und daraus herzuleitende entgegengesetzte Interessen kenntlich zu machen und Ansatzpunkte für die Lösung dieser Widersprüche zu zeigen: d.h. konsequenter Kampf gegen die Verschleierung politischer Zusammenhänge und die Repressalien, denen die Ausländer u.a. durch die Ausländergesetze unterworfen sind; Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und damit Kampf gegen die Institutionen, die den Interessen des Imperialismus dienen.

Folglich mußten zuerst die hinter den offiziellen, verschleiernden Fassaden steckenden Interessen aufgezeigt, Verbündete von Gegnern deutlich unterschieden werden.

Für die deutlichen Stellungnahmen der Reaktionäre hat die PGI zu danken. So Herrn Reißer, der "in der Masse" linksradikale "Sturmtrupps" ausmachte,"weil an Kleidung und Haartracht gut erkennbar" (auch durch den Bildschirm?) Man kann ihm vorwerfen, daß er einige 1o ooo DM Studentengelder u.a. für das Mensacafe fehlinvestierte, nicht aber, daß er Gedanken an der von der PGI aufgerissenen Problematik verschwendete. Schütz, Berlins OB riet: "schaut ihnen nur ins Gesicht", Nazis identifizierten an der Schädelform und Reißer erkennts an Mähne und Kleidung.

Die AFH nennt 3 Namen ihr unliebsamer SDS-Mitglieder, hat keine Ahnung von der PGI und mixt falsche Behauptungen mit Kalauern.

Im "Darmstädter Tagblatt", Darmstadts Kleinbürger-Miefblatt jagen die Redakteure dem ihrem gebrochenen Verhältnis zur Realität entsprechenden Erlogenem nach, um dann Opfer der eigenen Manipulation zu werden.

All diese Reaktionen beinhalten sehr wenig zur Sache (nämlich zu den Probl Problemen der Ausländer und der unterentwickelt gehaltenen Welt), sagen höchstens viel falsches aus und denunzieren sich selbst. Die PGI verzichtet deshalb darauf, weiter darauf einzugehen.

Ernst dagegen ist ein Flugblatt zu nehmen, das von 5 ausländischen Vereinen (Türken, Lateinamerikaner, Indonesier, Norweger, Araber) unterzeichnet ist, da es sich dort um Gruppen handelt, die durch die Aktionen angesprochen wurden. Nicht daß die Vorwürfe (die PGI stelle Schläger statt Redner, bestünde aus Leuten mit beschränktem Denkvermögen sowie beschränkter Bildung und wende in den Urwald gehörende Methoden an) besonders ernst zu nehmen wären - es ist immerhin erstaunlich, wie glatt solche "Argumentationen" aufs Papier fließen, ausgerechnet von Kommilitonen, die allen Grund hätten, in erster Linie z.B. gegen die Ausländergesetze vorzugehen. Es ist uns bekannt, daß bei weitem nicht alle Mitglieder der genannten Vereine solche Argumente unterstützen. Die besagten Äußerungen sind Aggressionen unter Androhung von Repressalien zur Anpassung bereiter Kommilitonen. Sie meinen, durch Anpassung an bestehende Zustände und Herrschaftsverhältnisse den Repressalien des Systems zu entgehen.

Sicherlich haben wir bei ungenügender Berücksichtigung dieser Aspekte einige taktische Fehler begangen. Wir haben darüber zu diskutieren und vor allem verstärkte Kommunikation mit denen anzustreben die die Berechtigung unserer Argumente zu erkennen beginnen. Neben der Ausräumung von Mißverständnissen müssen Alternativen zur Anpassung und politischen Entmündigung besonders der Ausländer entwickelt werden.

Die "Woche der Nationen" hat vorher verborgene Fronten sichtbar gemacht und die weiteren Aufgaben konkret herausgestellt: systematische Aufklärung über das Ausländergesetz und die Stellung der Ausländer in der BRD, Organisierung der Aufklärung und des Widerstandes gegen die vielfältigen Formen imperialistischer und faschistischer Unterdrückung.

Bomben und Konzentrationslager in der dritten Welt sind wie Ausländergesetze, Manipulation und Verschleierung von Zusammenhängen die Waffen des selben Feindes.

PROJEKTGRUPPE INTERNATIONALISMUS